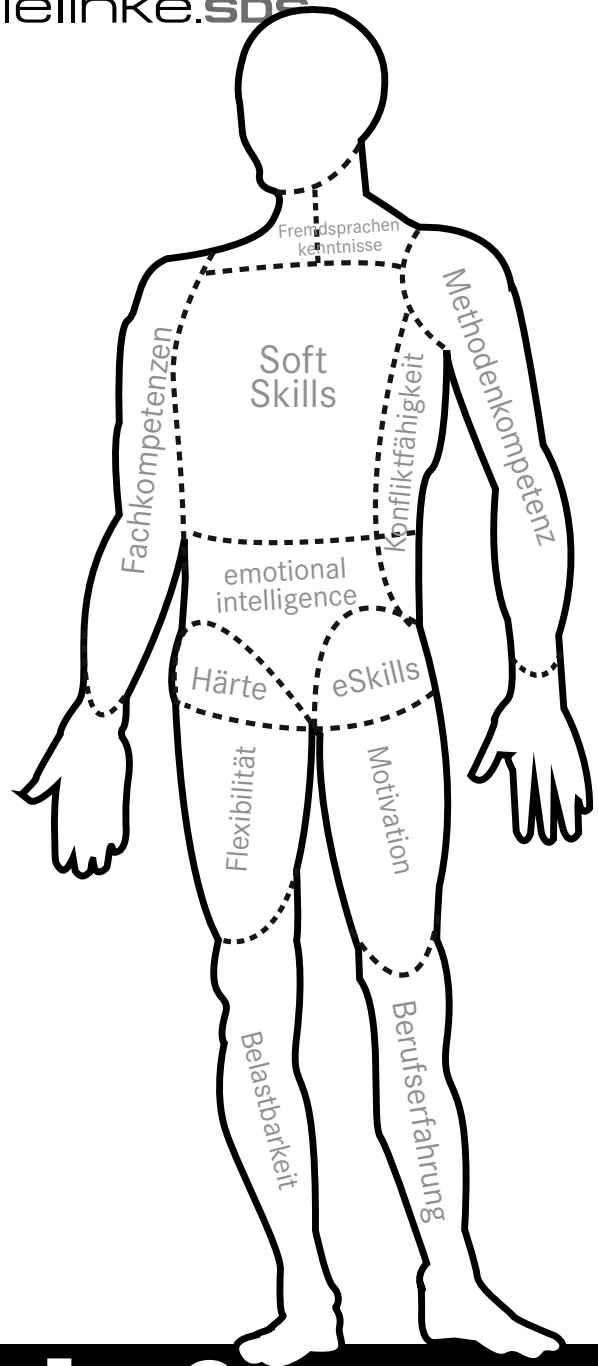


☆☆☆☆☆

# praxis.

Theoriemagazin von [dielinke.sds](http://dielinke.sds)

**Aus dem Inhalt:**  
**Die Vier-in-Eins-Perspektive**  
Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung  
**Bilanz aus 5 Monaten AStA**



bin ich  
**employable?**

**Außerdem:**  
Schwerpunktthema **Tier und Wir**

## Editorial

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

endlich haltet Ihr Praxis, das neue Theorie- und Mitgliedermagazin von Die Linke.SDS, in den Händen. Mit diesem Magazin wollen wir die Debatten, die in unserem Verband geführt werden, für alle Mitglieder zugänglich machen. Dabei ist „Theorie- und Mitgliedermagazin“ wörtlich zu verstehen: wir wollen uns bemühen, die theoretische Auseinandersetzung im Verband zu vertiefen. Dabei soll das theoretische Erbe der Arbeiterbewegung in jeder Hinsicht bindendes Glied sein. Stichworte wie Marxismus oder Kritische Theorie sollen genauso eine Rolle spielen wie die linken Debatten seit dem Epochenwechsel 1989/90. Zu unserem Selbstverständnis gehört der grundsätzliche Bezug zum Sozialismus als Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus. Der Titel Praxis soll unseren Anspruch verdeutlichen, die Welt, in der wir leben, nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu verändern.

Hier wollen wir wichtige Fragen für den Verband diskutieren, wie: Mit welchen Themen beschäftigen sich unsere Mitglieder? Wie kann eine bundesweite Verbandspraxis aussehen, die zugleich fest an der Basis verankert ist? Wie sprechen wir neue Mitglieder an? Wie können wir eine Verbandspraxis etablieren, die sich am eng geschnürten Zeitkorsett des Bachelor-Master-Systems orientiert?

Das Magazin teilt sich in vier Abschnitte. Los geht es mit dem jeweiligen Titelthema des Heftes. Dieses Mal wird es um die „Hochschule im Kapitalismus“ gehen, welche in 4 Artikeln beleuchtet wird. Dieser Teil soll der Analyseteil sein, in dem Ihr Eure Diskussionsbeiträge veröffentlichen könnt. Eine zweite feste Rubrik werden die Gruppenberichte sein. In der ersten Ausgabe werden sich die Hochschulgruppen Marburg, die seit dem marxistischen Professor Wolfgang Abendroth als links verortete Universität gilt, und Köln, die über ihre AStA-Erfahrungen berichtet, vorstellen. Eine dritte Rubrik sind die Rezensionen. Hier ist der Ort, an dem Ihr Eure politischen Filme, Bücher oder Ausstellungen rezensieren könnt. Dieses Mal haben wir Rezensionen der neuen Bücher von Frigga Haug, Jean Ziegler und Stéphane Hessel, sowie des neu auf DVD erschienenen sozialistischen Klassikers „Kuhle Wampe“ mit im Magazin. Ein vierter fester Bestandteil des Magazins soll der Gruppenschwerpunkt sein. In jeder Ausgabe wird eine Gruppe das Schwerpunktthema festlegen und inhaltlich gestalten. Dieses Mal hat sich die Regensburger Gruppe bereiterklärt, über das Thema „Massentierhaltung“ zu schreiben. Till Petersen aus Hamburg hat eine Replik dazu verfasst, die sich ebenso im Schwerpunkt-Teil befindet. Ergänzt werden soll die Ausgabe in der Zukunft um einen Bereich mit Leserbriefen, den Ihr aufgefordert seid sehr bald zu füllen. Als kleines Extra wird die Rubrik „Sozialistische Klassiker“ eingerichtet, in der in jeder Ausgabe ein Klassiker des Sozialismus neu gelesen und diskutiert wird. Den Anfang macht die Schrift von Friedrich Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“.

Wir hoffen, die erste Ausgabe gefällt Euch und Ihr fühlt Euch ermuntert, selbst für das Magazin zu schreiben. Wir warten auf Eure Leserbriefe, Artikel und Gruppenberichte. Das Magazin lebt von denen, die darin schreiben! Die Arbeit in der Redaktion ist für alle offen und wir freuen uns über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Die Adresse der Praxis-Redaktion lautet:  
mitgliedermagazin@linke-sds.org

Viel Spaß beim Lesen und Schreiben wünscht Euch

Die offene Redaktionsgruppe

## Inhalt

### Hochschulpolitik

- 3 Die unternehmerische Hochschule  
*Georg Frankl*
- 6 Der Mensch als Gefäß  
*Sascha Collet*
- 9 GO-Politik und Die Linke.SDS  
*Simon Zeise*

### Aus den Hochschulgruppen

- 12 Bericht aus Marburg  
*Janis Ehling*
- 14 5 Monate AStA  
*SDS Köln*

### Rezensionen

- 16 Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive  
*Tatjana Gossen*
- 19 Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt  
*Malte Pannemann*
- 21 Jean Ziegler: Imperium der Schande  
*Anika Mahla*
- 23 Stéphane Hessel - Empört euch!  
*Daniel Anton*

### Schwerpunkt: Tier und Wir

- 25 Sozialistische Tierbefreiung  
*SDS Regensburg*
- 29 Volle Verfügung statt Bescheidenheit  
*Till Petersen*

### Klassiker

- 32 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates  
*Sophie Dieckmann*

# Die Unternehmerische Hochschule

## Womit haben wir es eigentlich zu tun?

- GEORG FRANKL (SDS/DIE LINKE.TU BERLIN) -

Seit Mitte der 90er Jahre befindet sich die Hochschullandschaft in Deutschland und darüber hinaus in einem tiefgreifenden Umbau. Die herrschende Hochschulpolitik folgt dem Leitbild einer „unternehmerischen Hochschule“, die vor allem den Arbeits- und Ausbildungsmarkt und die Nachfrage nach wissenschaftlicher Forschung bedient und auf diesen Märkten in Konkurrenz zu anderen Standorten bestehen muss. Das gesamtgesellschaftliche Interesse an breitem Zugang zur wissenschaftlich-kritischen Reflexion der bestehenden Verhältnisse tritt dabei mangels profitabler Verwertungsmöglichkeiten in den Hintergrund. Die allseits bekannten Schlagworte, unter denen sich diese Deformation vollzieht, die zugleich als zentrale Projekte identifiziert werden können, sind Bologna-Prozess, Exzellenzinitiative, Studiengebühren, Hochschulmanagement und Autonomie. Die Strategie der Hochschulreform verfolgt insbesondere die folgenden fünf Aspekte:

### Kostenreduzierung

Ein wichtiger Bestandteil der Strategie zur Privatisierung und marktformigen Umgestaltung staatlicher Dienstleistungen ist die finanzielle Austrocknung. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Rentenreform: Erst durch systematische Kürzung in der gesetzlichen Rentenversicherung konnten Banken und Versicherungsunternehmen einen großen Markt für private Altersvorsorge eröffnen. Die Unterfinanzierung der Hochschulen begann bereits in den 70er Jahren, als die öffentlichen Bildungsausgaben nicht mehr schritthalten konnten mit der wachsenden Zahl an Studierenden. Der Plan der „Untertunnelung des Studentenberges“, also der temporären Unterfinanzierung der Hochschulen, scheiterte – noch immer wächst die Zahl der Studierenden. Die öffentlichen Ausgaben pro Student sind seit Mitte der 70er Jahre um 2/3 gesunken. Zahlreiche universitäre Angebote und Einrichtungen (Bibliotheken, Institute, Studiengänge) mussten in den letzten Jahren aus Kostengründen geschlossen werden. Die Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten ist ein Kernanliegen der Bologna-Reform. Auch die staatliche Förderung bei der Studienfinanzierung wurde stark zurückgefahren: Bekamen in den 70er Jahren noch über 40 Prozent der Studierenden unterstützendes BAföG, sind es heute gerade noch 17 Prozent.

### Implementierung von Marktmechanismen

Die aus den Kürzungen resultierenden Defizite im Bereich von Forschung und Lehre werden von den marktradikalen Hochschulreformern als Argumente für ihren Kampf um mehr Wettbewerb missbraucht. Und die herrschende Politik – ganz von diesem Geist beseelt – reagiert tatsächlich mit Elitewettbewerben, mit konkurrenzfördernden Finanzierungsmodellen wie etwa leistungsbezogener Mittelvergabe und mit der Umgestaltung in der Finanzierung der Forschung. Hier geht der Trend weg von einer ausreichenden Grundausstattung der Hochschulen hin zu mehr Projektfinanzierung durch kaum demokratisch kontrollierte Akteure wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Angefeuert wird die Konkurrenz noch durch den Föderalismus in Deutschland, in dem sich die für Bildung zuständigen Bundesländer ohnehin in Standortkonkurrenz befinden. Hinzu kommen öffentlichkeitswirksame Rankings, die etwa das zur Bertelsmann-Stiftung gehörende CHE gemeinsam mit Magazinen wie dem Spiegel veranstaltet. Kein Wunder also, dass die Hochschulen in diesem Wettbewerb damit beginnen, sich Gedanken um ihre Corporate Identity zu machen und individuelle Hochschulprofile zu erarbeiten. Der Ruf nach mehr Autonomie war Ursprünglich der Ruf nach wirklicher Freiheit demokratisch organisierter Wissenschaft von staatlichem Einfluss. Die neoliberalen Hochschulreformer haben das Schlagwort Autonomie erobert, für sie erschöpft sich diese jedoch in Globalhaushalten und Budgetautonomie.

### Demokratieabbau und Ersetzung durch Management

Die Hochschulen müssen in ihrer finanziellen Notsituation zunehmend betriebswirtschaftlich denken, also Ausgaben kürzen und alternative Finanzierungsquellen finden. Die Zuwendung zu „Partnern“ für Private-Public-Partnerships, etwa beim Hochschulbau, oder zu privaten Drittmittelgebern für Forschung und Lehre, die Einführung von Studiengebühren und Einsparungen beim Personal sind logische Folgen, solange man die herrschende Politik nicht in Frage stellen will. Eine demokratisch verfasste Hochschule wäre zu einem solchen Vorgehen, das sich diametral gegen die Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder richtet, kaum in der Lage. Wenn die

Steuerung der Hochschule jedoch stärker in effektiven Managementstrukturen besteht, also schnellere, weitreichendere und unbequemere Entscheidungen getroffen werden können, ist sie im Wettbewerb mit demokratisch kontrollierter Konkurrenz klar im Vorteil. Evaluationsbögen suggerieren den Studierenden Raum für Feedback, Kritik und Verbesserungsvorschläge, ohne ihnen die Initiative zu geben, die etwa die Organisation in der verfassten Studierendenschaft bietet. Schließlich liegt die Interpretationshoheit über die Ergebnisse von Evaluationen bei den Auswertenden. Das Bedürfnis der Hochschulmanager nach Abbau von demokratischen Rechten der akademischen Selbstverwaltung ist vor diesem Hintergrund verständlich – sie sind schlicht und einfach ein Wettbewerbsnachteil.

#### Wachsender direkter Einfluss von Kapitalinteressen

Da sich in den öffentlichen Hochschulen noch keine Managementstrukturen finden und unternehmerisches Denken noch nicht besonders etabliert ist, muss nachgeholfen werden. Neue aufsichtsratsähnliche Gremien wurden eingerichtet, die teilweise sogar ausschließlich mit hoch-



schulexternen Mitgliedern – viele davon Personen aus der Privatwirtschaft – besetzt wurden, wie es etwa die Regelung zu den Hochschulräten in Nordrhein-Westfalen zulässt. Ihre Befugnisse sind sehr weitreichend und betreffen etwa auch die Wahl des Rektors oder Präsidenten. Über Sponsoring, Drittmittel und durch die Beteiligung an der Akkreditierung von Studiengängen gewinnen Wirtschaftsvertreter, Unternehmen und Stiftungen zunehmend direkten Einfluss auf die Inhalte von Lehre und Forschung. Das Stipendienprogramm der Bundesregierung ist ein Versuch, sogar die Studienförderung partikularen Wirtschaftsinteressen auszusetzen.

Die Autonomie, die von Seiten der neoliberalen Hochschulreformer gepredigt wird, entpuppt sich also mitnichten als mehr Freiheit, sondern als Unterwerfung von Bildung und Wissenschaft unter die kapitalistische Sachzwanglogik. Der entstehende Bildungsmarkt und die sinkende öffentliche Finanzierung ermöglichen es schließlich auch privaten Anbietern, in Konkurrenz mit öffentlichen Hochschulen zu treten. Nachdem der Versuch des Bertelsmann-Patriarchen Mohn, mit der Gründung der ersten und über lange Jahre einzigen privaten Hochschule in Witten-Herdecke eine Alternative zu

den öffentlichen Hochschulen aufzubauen, gescheitert schien, gibt es heute in Deutschland 100 Hochschulen in privater Trägerschaft. Der Bertelsmann-Konzern hat übrigens vor kurzem sein Musikgeschäft fast vollständig abgestoßen – mit Verweis auf erwartete hohe Wachstumsraten im Bildungsbereich.

#### Selektion und Elitebildung

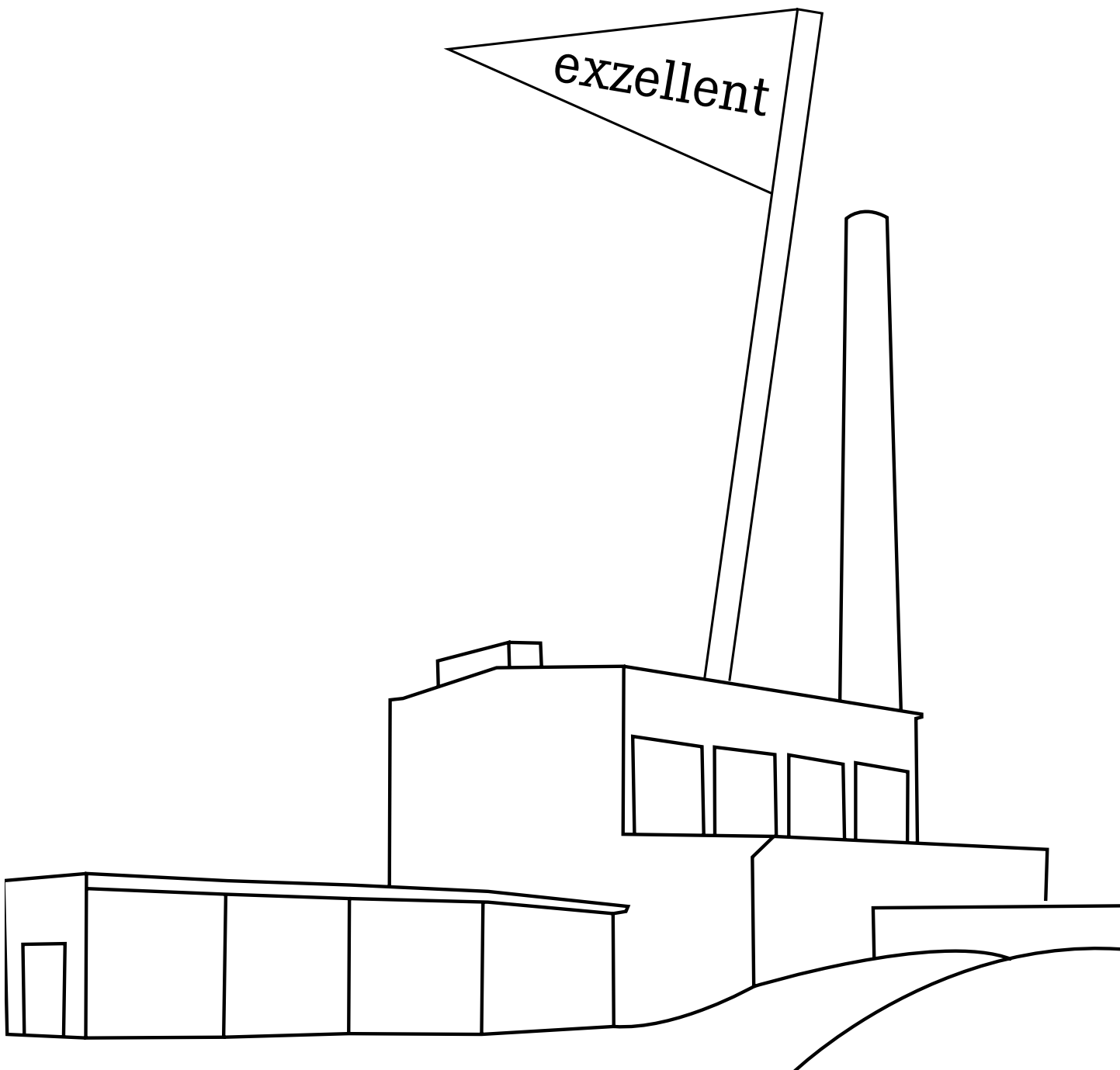
Im Ergebnis der neoliberalen Hochschulreform steht die Entthomogenisierung der Hochschullandschaft in mehrerer Hinsicht. Da der Arbeitsmarkt und der Markt für Forschungsergebnisse wenige Berührungspunkte haben, vollzieht sich auch innerhalb und zwischen Hochschulen eine tendenzielle Trennung von Forschung und Lehre. Nur eine Minderheit privilegierter Studierender wird im Studium noch unmittelbar an Forschungsprojekten beteiligt. Für die Mehrheit steht entspre-

chend dem Credo der Employability das Erwerben von prüfbaren „Kompetenzen“ auf dem Programm, die ihnen in vorgefertigten Modulen vermittelt werden sollen und die, in Bewerbungen aufgeführt, dem zukünftigen Arbeitgeber die passgenaue Auswahl seines Personals erleichtern

sollen. Im Forschungsbereich haben wir es sogar mit einer gezielten Förderung von einer begrenzten Anzahl an „exzellenten“ Universitäten zu tun, die international ausstrahlen sollen – ungleiche Verhältnisse werden sogar als Ziel der Politik definiert. Die Definition über exzellente Wissenschaft orientiert sich dabei kaum am Interesse der Mehrheit der Gesellschaft. Ähnlich verhält es sich mit der Finanzierung ausgewählter Forschungsprojekten mit öffentlichen Geldern durch Institutionen wie die DFG. Aber nicht nur die Hochschullandschaft wird entthomogenisiert, auch die Absolventen. Nach den Zielvorgaben der Kultusministerkonferenz soll die Mehrheit der Studierenden bereits als Bachelor in den Arbeitsmarkt eintreten – mit erheblich schlechteren Karriere- und Lohnperspektiven als Master-Absolventen.

Die marktradikale Deformation der Hochschulen, die dem Leitbild der unternehmerischen Hochschule folgt, richtet sich diametral gegen die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung. Die hochschulpolitische Linke steckt jedoch noch immer in der Defensive – mit einer Ausnahme: Die Proteste gegen Studiengebühren sind ein einmaliges Beispiel für erfolgreichen Widerstand und Zurückdrängung eines so tiefgreif-

enden neoliberalen Projektes. Mit der konkreten Forderung nach Abschaffung konnte eine breite Masse von Studierenden ausdauernd mobilisiert werden. Der umfassende Widerstand gegen das Leitbild der unternehmerischen Hochschule sollte sich nicht in abstrakter Kritik erschöpfen, sondern konkrete Ziele formulieren. Der verknappte Zugang zum Masterstudium bietet einen geeigneten Angriffspunkt, gegen den sich Massen mobilisieren lassen. Aufgabe eines sozialistischen Studierendenverbandes ist es, solche konkreten Auseinandersetzungen voranzutreiben und innerhalb der Bewegung mit der grundsätzlichen Kritik an der neoliberalen Hochschulreform für die eigenen antikapitalistischen Positionen zu werben.



# Der Mensch als Gefäß

## Eine Reform und ihr Menschenbild

- SASCHA COLLET, BERLIN (GESCHÄFTSFÜHRUNG) -

Wenn wir nach der Bedeutung des Bologna-Prozesses fragen, dann muss zuvorderst die Frage stehen, nach was wir da genau fragen. Häufig wird danach gefragt, was die Umstellung für die Studierenden an Mehraufwand bedeutet. Es wird über die Verschulung gesprochen und darüber, dass die Studierenden weniger flexibel werden, obwohl das Gegenteil doch Ziel des Prozesses gewesen war.

Oft wird danach gefragt, was die Umstellung an Schwierigkeiten mit sich bringt, wo Fehler gemacht wurden, was Hürden sind und was die Umstellung auf einer sozialen Ebene bedeutet. Dies alles sind richtige und wichtige Fragen. Doch sollte auch eine andere, abstraktere Ebene beleuchtet werden, die man mit der Frage umschreiben könnte: „Welches Menschenbild steckt hinter Bologna?“

### Das Europa des Wissens

Was das Ziel der Reform sein soll, daraus haben die Verantwortlichen nie einen Hehl gemacht: Ein konkurrenzfähiges „Europa des Wissens.“ Dieses Ziel ist kein Selbstzweck, die Vermehrung des Wissens ist in den Augen der Konstrukteure der Reform nicht als solches gut. Zweck der Übung ist die „Festigung und Bereicherung der europäischen Bürgerschaft“, teilt uns die Bologna-Erklärung mit. Schnell wird an dieser Stelle klar, an welchem Produkt das Label „Europa des Wissens“ hängt: an einem konkurrenzfähigen Europa, einem starken Europa, fähig sich an der Welt zu „bereichern“.

Eine wichtige Rolle sollen dabei die Hochschulen spielen. Stellen sie doch den „Schlüssel zur Förderung der Mobilität und arbeitsmarktbezogenen Qualifizierung“ dar. Die Argumentationskette ist deutlich: weil wir konkurrenzfähig sein müssen, brauchen wir ein Europa des Wissens, weil wir ein Europa des Wissens brauchen, müssen Hochschulen Mobilität und Qualifizierung garantieren.

In einem dritten Schritt gelangen wir zu den Träger\_innen dieser Qualifizierung: die Studierenden. Sie sind in dieser Logik bloßes Mittel zum Zweck, der in erster Linie darin besteht, eine selbst postulierte Einheit Europas zu schaffen und diese „konkurrenzfähig“ zu machen. .

Was das Ziel der Hochschulreformen ist, lässt sich gut mit den Worten Peter Greislers (Abteilungsleiter Hochschulen im Bundesministerium für Bildung und Forschung) ausdrücken, der gerne ein „Reservoir an Talenten richtig ausschöpfen“ möchte, welches er in den Studierenden Europas sieht. Man könnte das Menschenbild der Herrschenden nicht schöner beschreiben: Der Mensch ist für sie ein Gefäß, angefüllt mit Talenten, Fähigkeiten und Interessen, mit Soft- und Hardskills, mit sozialem und kulturellem Kapital, das es gilt, verwertbar zu machen. Ihr Verhältnis zum Menschen ist ein rein instrumentelles. Sie betrachten Individuen als Teile einer größeren Maschinerie, in der der Einzelne seine Bedeutung nur in Hinblick auf das Ganze hat.

Dieses Bild ist durchaus nicht falsch, wie eine kritische Analyse der Gesellschaft zeigt, sind es doch die Herrschenden, die den Menschen ihre Rolle im Arbeitsprozess zuweisen. Ideologisch wird dieses Bild nur, wenn es den Menschen über diese Zusammenhänge definiert und ihn nicht zum Zweck der Gestaltung der Welt nimmt. Anders gefragt: richten sich die gesellschaftlichen Zusammenhänge nach dem Menschen oder dieser nach jenen?

### Das Menschenbild der Bologna-Konstrukteure

Diese Frage läßt sich schon dadurch beantworten, indem man danach fragt, wer die Bolognareformen erdacht und umgesetzt hat und wessen Interessen sie dienen. Der Bolognaprozess muß als Projekt der herrschenden Klasse verstanden werden, bei dem es keinesfalls darum geht, gesellschaftliche Strukturen auf die Bedürfnisse der darin lebenden Menschen abzustimmen. Es geht beim Bolognaprozess darum, die „Talente und Fähigkeiten“ der arbeitenden Menschen auszuschöpfen, um sie im globalen Markt für „Europa“ nutzbar zu machen. Europas Standortvorteil soll verbessert und in die Lage versetzt werden, der Wirtschaft günstige und qualifizierte Arbeitskräfte anzubieten. Der einzelne Mensch kommt nur ins Spiel, wenn es darum geht, die „Ware Arbeitskraft“ billig zu produzieren. Diese Sicht auf den Menschen ist bereits an sich problematisch, weil sie den rein instrumentellen Blick der Herrschenden widerspiegelt. Doch auch aus anderen Gründen muß man dieses Menschenbild kritisieren,

## Zugrundeliegendes Gesellschaftsbild

Erstens werden in der Diskussion die wirtschaftlichen Interessen hinter dem oben beschriebenen Gesellschaftsbild komplett ausgeblendet und still als gegeben betrachtet. Es wird der Eindruck erweckt, der Mensch habe gleichsam als Zahnrad einem „höheren Zweck“ zu dienen. Dass dieser höhere Zweck nicht die Bedürfnisbefriedigung des Menschen, sondern in Wahrheit die Sicherung der Herrschaftsstrukturen ist, wird ausgeblendet. Hinter dem Schleier von scheinbarer Objektivität wird festgeschrieben, dass „wir“ uns als Europa eben in der Konkurrenz zurechtfinden müssen. Diese Konkurrenz selbst ist jedoch nicht Teil der Diskussion. Stillschweigend wird eine Wirtschaftsordnung vorausgesetzt, in der nicht viele gut, sondern einige besser leben. Diese angeblich „objektiven“ Wahrheiten zeigen nur eins, nämlich einen Mechanismus, der in der modernen Gesellschaft überall eingebaut ist: die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse.

Wollte man zu einer Gesellschaft streben, die ein gutes Leben für jeden Menschen garantiert, müsste die herrschende Ideologie (das heißt: die Ideologie der Herrschenden) hinterfragt werden. Das bedeutet, nicht die Rolle des Studierenden in einem „Europa des Wissens“ müsste diskutiert werden, sondern der Zweck dieses Europas für die herrschende ökonomische Elite. Indem diese Diskussion aber verhindert wird, fehlt auch die Grundlage für jegliche gesellschaftliche Veränderung. Eine echte Verbesserung der gesellschaftlichen Lage kann nicht stattfinden, ohne dass man an ihren geistigen Grundlagen rüttelt. Wer die herrschenden Strukturen nicht infrage stellt, kann sie auch nicht verändern. Ein Menschenbild, das die ökonomischen Interessen hinter politischen Entscheidungen ausblendet, kann dies nicht!

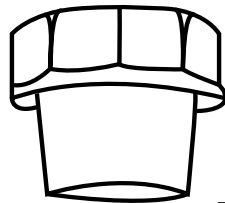
## Weiterreichende Auswirkungen

Zweitens werden die Auswirkungen auf den Einzelnen und auf die ihn umgebende Gesellschaft nicht in das Menschenbild der herrschenden Elite mit einbezogen. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, besitzt der Mensch in diesem Bild doch weder Seele noch Gefühle oder gesellschaftliche Bande, sondern ist homo oeconomicus (also Nutzenmaximierer)

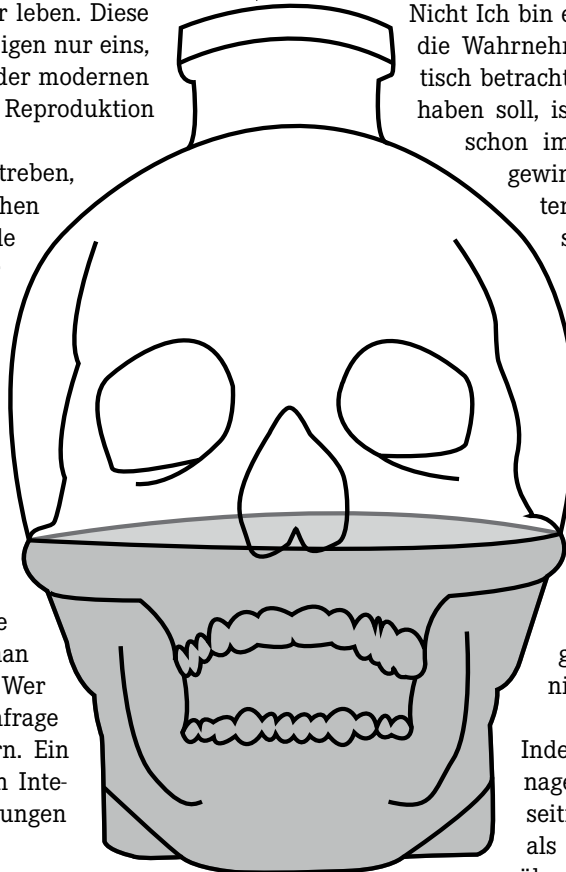
in der Selbstwahrnehmung und Produktionsfaktor in seiner Außenbetrachtung. Im Klartext: nicht nur die Herrschenden pflegen zum Menschen und seinen Fähigkeiten ein instrumentelles Verhältnis – auch er selbst betrachtet sich zunehmend aus dieser Warte. Die Selbstbetrachtung läuft in ihrer Maxime zunehmend darauf hinaus, wie die eigenen Fähigkeiten eingesetzt werden können, welche Rolle die eigenen Talente im Arbeitsprozess spielen können und so letztlich – nennen wir das Kind beim Namen! – wie man sich persönlich im Mahlwerk der Kapitalakkumulation einbringen kann.

Dass solch eine Behandlung von Menschen auf diese Auswirkungen hat, ist keine Spekulation, sondern ein Faktum, das nicht nur von Sozialpsychologen\_innen bestätigt wird. Die Anstrengung, das Ich und das Selbst in Einklang zu bringen, wird heute nicht mehr von den Akteuren selbst erledigt, sondern in ideologischen Selbstläufern produziert. Nicht Ich bin es, der über mein Selbst reflektiert und die Wahrnehmung, die andere von mir haben, kritisch betrachtet. Die Wahrnehmung, die ich von mir haben soll, ist im Menschenbild der Herrschenden schon impliziert: ich muss meine Fähigkeiten gewinnbringend einsetzen. Diese Fähigkeiten sind, genauso wie meine Talente und selbst meine sozialen Beziehungen einer Maxime untergeordnet, die gesetzt ist: sie müssen verwertbar sein, sie müssen zu umsetzbarem Kapital werden. Die zynische Gleichung Benjamin Franklins „Zeit ist Geld“ lässt sich heute um viele Variablen erweitern, denn potentiell sind auch soziale Beziehungen Geld, auch die Fähigkeit zur Einfühlsamkeit ist Geld. Alles, was im Gefäß „Mensch“ steckt, ist potentiell Geld. Diese Ausprägungen des menschlichen „Kapitals“ wollen folgerichtig wohlverwaltet sein, wenn sie nicht verschwendet sein sollen.

Indem die Deutung des Menschen als Manager\_in seiner Potentiale (in einem einseitig ökonomischen Sinne) unhinterfragt als einzige Sichtweise angenommen wird, überträgt sich die herrschende Hegemonie auf ihren Gegenstand, nämlich den Menschen selbst. Der Zwang zur ökonomischen Verwaltung der eigenen Ressourcen und des eigenen Kapitals lässt das Selbstbild nicht unberührt. Es wird der Eindruck erweckt, als wäre die Sichtweise „aller“ die richtige und meine eigene muss, sollte sie abweichen, angepasst werden und das zu jedem Preis. Die Wahrheit, nämlich dass die Sichtweise „aller“ eigentlich nur die der Herrschenden ist, ist irgendwo auf dem Weg vom be-



Bachelor



haupteten „Wohl aller“ bis zur Forderung an den und die Einzelne verloren gegangen.

Die Folge dieser beschränkten Eigenwahrnehmung als Verwalter der eigenen Fähigkeiten sind Selbstausbeutung und Rücksichtslosigkeit gegen andere bei dem tendenziellen Verlust der Fähigkeit, dieses Bild zu reflektieren. Vor allem letzteres birgt aber nicht nur negative Folgen für die Einzelnen, sondern beraubt die Gesellschaft auch enormer Potentiale. Denn letztlich sind es nicht nur egoistische Konkurrenzgedanken, sondern auch der Wunsch zur gemeinsamen Gestaltung der Welt, der unsere Geschichte vorantreibt.

Der Betrug um diese Erkenntnis ist zwar kein Problem des Bolognaprozesses, sondern ein Phänomen des Spätkapitalismus. Dennoch spielt das akademische Bildungssystem hierbei eine wichtige Rolle, soll es doch die Fachkräfte und Führungseliten von morgen rekrutieren. Es sind dies dieselben Führungseliten, die jenes Menschenbild immer wieder reproduzieren, ja reproduzieren müssen, wollen sie es unter den gegebenen Umständen „zu etwas bringen“.

### Entmündigung des Menschen

Ein drittes Problem, das mit dem zweiten teilweise in Zusammenhang steht, ist das völlige Absprechen von Selbstentfaltung, sowohl der persönlichen als auch der fachlichen. Weder können im Studium der Zukunft individuelle Schwerpunkte gesetzt werden, noch eine persönliche Entfaltung ihren Raum finden. Beides bedürfte der freien Gestaltung des Studiums und vor allem der eigenen Zeit nach persönlichen Kriterien. Die jedoch haben im Bolognaprozess keine Bedeutung, denn sie bedeuten den Herrschenden nichts weiter als negative Faktoren in einer Rechnung, in der zusätzliche Studienzeiten nichts weiter als weitere Kosten und freie Studiengestaltung nichts weiter als ein Risiko für die Kalkulation bedeuten.

Auch außerhalb des Seminarraums haben „Freiheit“ und Selbstbestimmung im Ideal der Bolognastruktoreure kaum noch eine Bedeutung. In einer 40-Stunden-Woche bleibt dem voll eingebundenen homo oeconomicus keine Zeit für hochschulpolitische oder gar ehrenamtliche Arbeit außerhalb der Hochschule. Das Ideal „aktiver Bürger\_innen“, das offiziell behauptet wird, scheint da wie ein Schlag ins Gesicht der Studierenden, denen nicht nur die freie Entfaltung, sondern jegliche Bewegung außerhalb des festgelegten, immer engmaschiger werdenden Planes aberkannt wird.

Rahmen für diesen Plan ist eine Weltsicht, die nur in Zahlen und Profiten ausdrückbar ist. Diese Weltsicht ist ein wichtiges Produkt der aufgeklärten Gesellschaft und heute gleichzeitig deren größter Hemmschuh. Die moderne Gesellschaft betrügt sich noch selbst um ihre Ideale, indem sie die mündigen Bürger\_innen in das billigste Korsett zwingt, das die Soziologie zu bieten hat: den homo oeconomicus. Anstatt sich als Bür-

ger\_in zu begreifen, wird diese\_r zu einer Ansammlung von Humankapital, beliebig verwendbar als Standortvorteil. Jeder Mensch scheint in der Pflicht, sein gesamtes Wesen und Potential dem „höheren“ Gut zur Verfügung zu stellen, das in der Konkurrenzfähigkeit Europas identifiziert wird, also in der Fähigkeit Europas, ökonomisches Kapital zu akkumulieren.

### Schlussfolgerungen

Die Bolognaform kann aus ihren Wirkungen heraus kritisiert werden, das ist mehr als legitim. Doch müssen wir auch die Ursprünge und Grundlagen dieser Wirkungen betrachten, denn sie verbinden uns mit all jenen, die an unserer Zeit leiden. Das „Europa des Wissens“, das der Bolognaform angeblich zugrunde liegt, führt in die Irre. Will man eine Bildung etablieren, die wahrhaft zukunftsweisend ist, sollten sich die „Bildungsreformer“ auf ihre bürgerlichen Ideale besinnen.

Das liberale Bildungsideal Wilhelm von Humboldts zielte auf einen Universitätstypus ab, der für eine kleine Elite ein breit angelegtes Wissen einforderte. Der ausgebildete Studierende sollte kein „Fachidiot“ sein, sondern die Ideale der Aufklärung vertreten. Selbst aus der Warte der bürgerlichen Ideale betrachtet, sind wir in der Pflicht, den Menschen als Ganzes zu betrachten und mündige Bürger\_innen statt ökonomistisch denkende Gefäße für Humankapital als Grundlage anzunehmen.

Die Bolognaform fällt selbst hinter das Bildungsideal der Aufklärung zurück. Proklamiert die herrschende Elite ein liberales Weltbild für sich, steht sie auch in der Pflicht dieses in die Tat umzusetzen.



# Politik der gewerkschaftlichen Orientierung (GO) als Anstoß zu einer bundesweiten Strategiediskussion in die linke.SDS

- SIMON ZEISE (DIE LINKE.SDS LEIPZIG) -

Mit seinen jungen vier Jahren hat Die Linke.SDS noch keine sonderlich lange Tradition entwickeln können. Basisgruppen haben sich in dieser Zeit verschiedene Praxen angeeignet, es haben sich konstante Gruppen im Verband verankert und über den bundesweiten Mailverteiler bekommt man viele Plakate zu sehen, die unzählige politische Veranstaltungen anpreisen. Kurz gesagt, der Verband lebt und er wächst von unten.

Dabei ist es nicht einfach, eine geeignete hochschulpolitische Strategie zu finden. In kleinen Gruppen drohen sich die Mitglieder aufzureiben, wenn sie neben dem SDS-Plenum noch ein weiteres Treffen in der Fachschaft und im Studierendenparlament absolvieren müssen. Zumal zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal politische Aktionen gelaufen sind. Dazu kommt bei manchen eine intensive Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE, z.B. im Kreis- Stadt- oder Landesverband. Deshalb konzentrieren sich viele SDS-Gruppen auf den Gruppenaufbau, versuchen über alternative Vorlesungen und Vorträge Kritik und Protest an die Uni zu tragen. Die demokratischen Institutionen bleiben dann aber auf der Strecke. Die Frage ist also, wie man den Kampf um kritische Wissenschaft und demokratische Teilhabe sozialistischer Studierender in einer gemeinsamen Strategie verbinden kann, ohne dass die SDS-Gruppe unter dieser Arbeitslast auseinanderbricht. Was sind aber die einenden Ziele einer solchen Strategie?

## Politik für die Mehrheit, nicht für die Elite

Der Kern, auf den sich der Sozialismus stützt, ist die Verbesserung der Lebenslage für die Mehrheit der Bevölkerung. In



SDS-Förderer Abendroth im Gespräch mit linken Studierenden

der Gesellschaft sind es die Lohnabhängigen, denen nichts Anderes übrig bleibt als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Eine kleine Minderheit verfügt über den Reichtum, der von der absoluten Mehrheit erarbeitet wurde. Oder, wie es auf einem Linke.SDS-Plakat heißt: „10 Prozent besitzen 61 % des Vermögens in Deutschland!“ Um die Gesellschaft zu verändern, müssen wir also die sozialen Lebensbedingungen der Mehrheit verbessern, die im neoliberalen Zeitalter mit dem Rücken zur Wand steht. Auch an der Hochschule, denn die große Mehrzahl der Studierenden wird nach der Ausbildung im Lohnabhängigkeitsverhältnis stehen. Außerdem spiegeln sich die Klassenauseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit täglich im Studienalltag wider. Nicht nur auf abstrakter, theoretisch-wissenschaftlicher Ebene – z.B. durch neoliberale Hegemonie in den Sozialwissenschaften –, sondern auch praktisch-politisch im unmittelbaren Lebensumfeld beim teuren Mensaessen oder der alljährlichen Burschenschaftsimmatrikulationsfeier.

Um die Hegemonie an den Hochschulen zu erlangen, ist es wichtig die sozialen Interessen der Studierenden zu vertreten. Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung (GO) zielt deshalb auf eine starke studentische Interessenvertretung ab. In Fachschaften und im AStA/StuRa sollen Beratungen zu Bafög, Studienreform und Unialltag angeboten werden. Beschränken wir uns aber allein hierauf, müssten wir uns keine weiteren Gedanken machen und könnten uns strategisch den jusos anschließen. GO-Politik aber will mehr.

#### GO-Politik als Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse

Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung (GO) umfasst ein Konzept, durch das es der Universitären Linken in den 70er Jahren gelang, die Hegemonie in den hochschulpolitischen Interessensvertretungen zu erlangen und die Unis als kritische Institutionen zu erobern. Maßgeblich wurde das Konzept vom MSB Spartakus (Studienorganisation der DKP) und dem Sozialistischen Hochschulbund (SPD) entwickelt. Der marxistische Professor Wolfgang Abendroth aus Marburg war dabei einer ihrer Vordenker.

GO-Politik zielt dabei darauf ab, dass sich die linken Studierenden und Intellektuellen mit den linken Kräften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zusammenschließen müssen, um substantielle gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen. Abendroth ist deshalb wichtig zu nennen, weil er dafür eintrat, dass linke Intellektuelle organisch zusammen mit den Organisationen der Arbeiterbewegung für Veränderungen eintreten sollten und nicht, wie die klassischen Intellektuellen von Emile Zola bis zum „nonkonformistischen Intellektuellen“ Theodor Adornos, die bürgerliche Klasse an den Anspruch der Aufklärung und die Prämissen der bürgerlichen Revolution zu erinnern. Der marxistische Intellektuelle hingegen hat „sein Leben – ohne jeden intellektuellen Hochmut gegenüber (seinem) proletarischen Genossen – in den Dienst der bewussten Entwicklung von Klassenbewusstsein gestellt“, wie es Abendroth einst schrieb. Das Scheitern der linken Kräfte vor dem aufkommenden Faschismus seit den 1920er Jahren war für Abendroth ausschlaggebend. Zudem sah er eine Chance in der aufkommenden Studentenbewegung der 1968er, ein Klassenbündnis zu schmieden, das die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften im Nachkriegsdeutschland abwehren könnte. Gelungene Beispiele für dieses Politikverständnis sind die Mobilisierungen gegen die Notstandsgesetze, die Proteste gegen die „Pershing-Raketen“ auf deutschem Boden, sowie die Berufsverbote gegen Marxisten in den 60er und 70er Jahren.

#### Kernelemente gewerkschaftlichen Handelns

Um sozialistische Forderungen in der Gesellschaft zu verankern, können Studierende eine tragende Rolle spielen. Auch wenn sie im Alltag durchaus unter dem Druck der Kapitalinteressen stehen, die durch den Bolognaprozess massiv zugenommen haben, gelten für Studierende in mancher

Hinsicht andere Regeln als für unmittelbar im Werksprozess Tätige. So können Studierende sich ihr Arbeitspensum „freier“ gestalten, sie sind in einem Ausbildungskomplex über einen längeren Zeitraum gemeinsam untergebracht und haben Zugang zu Bildung. Das alles erlaubt ihnen ein weitaus höheres Potenzial an politischem Gestaltungsspielraum als z.B. einem Leiharbeiter in der Industrie. Dennoch herrscht Isolierung im Unialltag. Studierende werden dazu ausgebildet alleine zu arbeiten. Hohe Suizidraten und psychischer Druck sind dieser Spezies keine Unbekannten – im Gegenteil. Deshalb ist der Kerngedanke gewerkschaftlichen Handelns an der Uni, die sozialistische Hegemonie durch aktives gemeinsames Handeln zu erreichen.

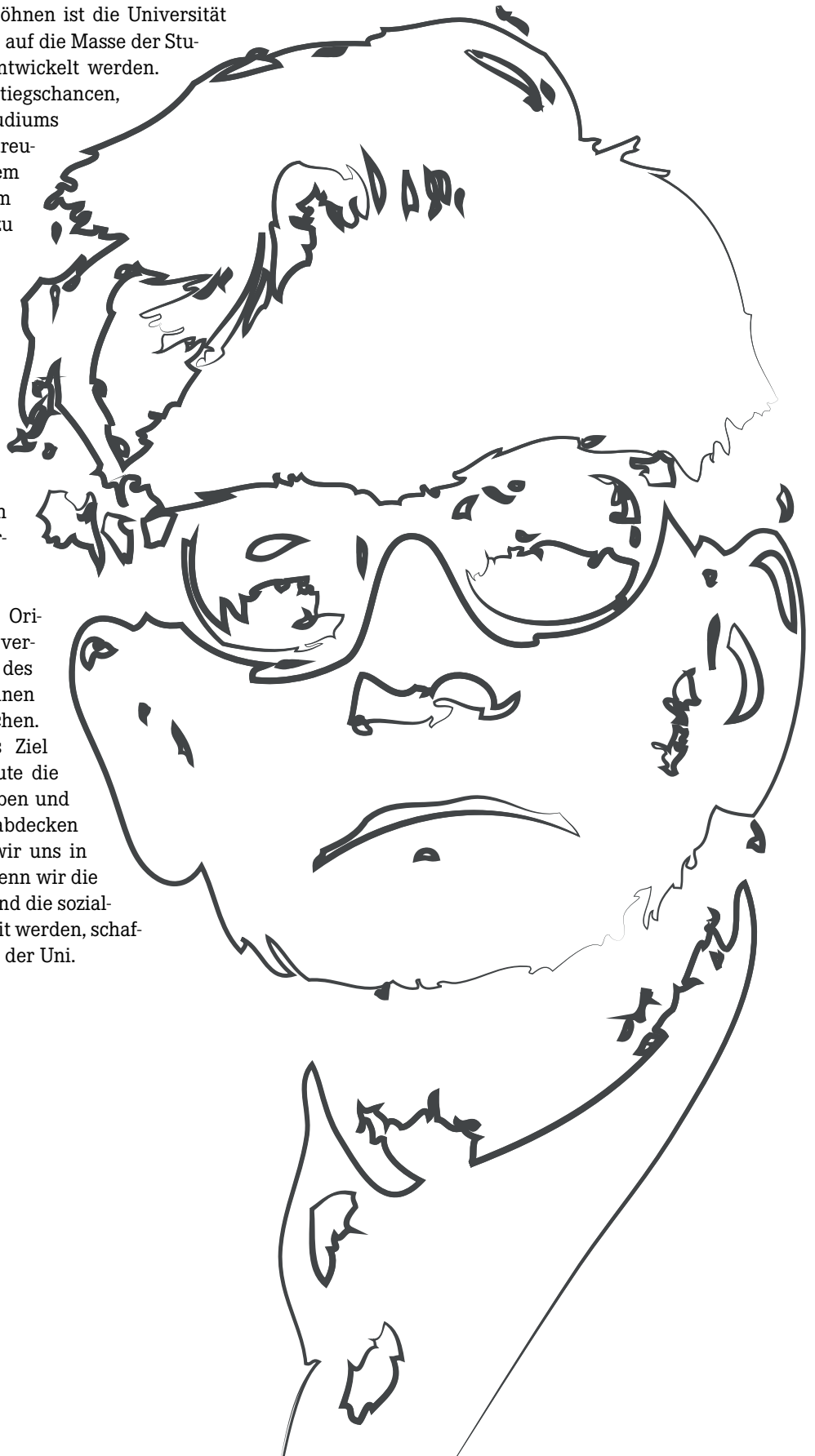
#### Politisierung der verfassten Studierendenschaften.

Fachschaftsräte und Asten/StuRa liegen heute brach. Weitestgehend haben sie bloßen Servicecharakter. Wenngleich vielerorts wichtige soziale Angebote geschaffen werden – z.B. Bafög- und Sozialberatung, Frauenbeauftragte, Referate für ausländische Studierende und andere wichtige Institutionen –, sind die Studierendenvertretungen nicht in der Lage dazu, dem neoliberalen Angriff aufs Hochschulwesen substantiell Paroli zu bieten. Um auf die Politisierung der Studierendenvertretungen hinzuwirken, ist es wichtig auf die allgemeinen, die verschiedenen Statusgruppen der Studierenden abdeckenden, Interessen anzusprechen. Die **soziale Absicherung des Studiums** steht hier an erster Stelle. Der Kampf um höheres Bafög, billigen Wohnraum und öffentlichen Nahverkehr fallen u.a. hierunter. Das **Ausbildungsinteresse** muss ins Blickfeld sozialistischer Hochschulpolitik gerückt werden. Folgen der Bachelorisierung des Studiums sind geringere Entlohnung auf dem späteren Arbeitsmarkt und die Implementierung eines zwei-Klassen-Systems an der Hochschule, weil der Zugang zum Master der Masse der Studierenden verwehrt bleibt. Des Weiteren wird viel zu selten thematisiert, welche Forschungszwecke im Mainstreamstudium verfolgt werden. Auch **internationale Solidaritätsveranstaltungen**, sowie **Kampagnen gegen Rüstungsforschung** sollten Bestandteil linker Fachschaftspolitik sein und tragen zu ihrer Politisierung bei. Ebenso ist der **Abbau demokratischer Rechte** weit fortgeschritten. Wurden in den 70er Jahren in Süddeutschland die verfassten Studierendenschaften kurzerhand verboten, wird die studentische Beteiligung an den Hochschulen heute bundesweit in Frage gestellt. Dem Ruf nach „Hochschulräten“ sind bereits viele Universitäten gefolgt, in denen statt paritätischer Mitbestimmung aller Universitätsgruppen nun Externe sitzen sollen. Die Universität wird zum Spielball von Unternehmen, die heute sogar ihre eigenen Manager in zentrale Verwaltungsebenen der Hochschulen stecken dürfen und somit maßgeblichen Einfluss auf Forschung und Lehre nehmen. Ebenso sollte **Frauenpolitik** fester Bestandteil der GO-Politik werden. Von der doppelten Benachteiligung der Frau im Kapitalismus durch die Privatisierung der Reproduktionsarbeit

und gleichzeitig sinkenden Frauenlöhnen ist die Universität nicht ausgenommen. Die Fragen, die auf die Masse der Studentinnen abzielen, müssen hier entwickelt werden. Hierunter fallen die geringeren Aufstiegschancen, bzw. höhere Abbruchquoten des Studiums bei Frauen, Ausbau der Kinderbetreuung, sowie das zunehmende Problem der Prostitution als Zuverdienst, um das Studium überhaupt bezahlen zu können.

Das Themenfeld **Kultur** ist, nach diesem Ritt durch die Themen, denen sich gewerkschaftlich orientierte Politik an der Uni widmen sollte, auch wichtiger Bestandteil. Solidaritätspartys, Filmabende und kreative Veranstaltungen im öffentlichen Raum sollten den tristen Unieinführungswochen mit parallelem Burschenschaftssaufen eine solidarische Kultur entgegensetzen.

Die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung mit vollem Anlauf zu verfolgen, käme sicher dem Status des Verbandes nicht gerecht. Wir können nicht alles und zur gleichen Zeit machen. Mehr soll dies ein mittelfristiges Ziel darstellen. Ein Vorschlag wäre, heute die Inhalte und Kampagnen die wir haben und die zu großen Teilen GO-Themen abdecken zu nutzen und zu beginnen, dass wir uns in den Fachschaften verankern. Nur wenn wir die Themen der Mehrheit ansprechen und die sozialistische Organisation dieser Mehrheit werden, schaffen wir solidarische Verhältnisse an der Uni.



# Bericht aus Marburg

- JANIS EHLING (SDS.DIE LINKE MARBURG) -

Die Marburger SDS-Gruppe existiert seit 2007 und ist aus anderen linken Gruppierungen hervorgegangen. In diesen vier Jahren haben wir einiges ausprobiert und verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Ein Rekurs auf vergangenes ist, neben aktuellem, vielleicht für die eine oder andere Gruppe ganz spannend.

## Die Gruppe intern

Zur Zeit kommen zu unseren Gruppentreffen zwischen 8 und 12 Leuten. Wir treffen uns einmal wöchentlich immer zur selben Zeit im Büro der Linkspartei. Am Anfang jeder Sitzung wird festgelegt, wer Redeleitung macht und wer das Protokoll schreibt. Beide Aufgaben rotieren. Die Redeleitung wird bei uns meist an Neue und Frauen vergeben. Das hat seine Bewandnis, ältere vor allem männliche Gruppenmitglieder neigen dazu besonders lang zu reden. Das hat zwei Nachteile, zum Einen reproduzieren wir damit gesellschaftliche Geschlechterstereotypen und zum andern ist das vor allem für Neue (und auch alle andern) schlicht langweilig und ermüdend. Nachdem fast keine Frauen mehr in unserer Gruppe waren und unsere Mitgliederzahl konstant abnahm, haben wir beschlossen, unsere Gruppensitzungen anders zu strukturieren. Seit dem gibt es eine strenge Redeleitung. Die Redeleitung achtet auf kurze Redezeiten und nimmt Wortmeldungen auf; dazwischen quatschen, räuspern und andere (meist männliche) Verhaltensweisen werden von ihr unterbunden. Für die Tagesordnung setzen wir einen Zeitrahmen, damit alle Punkte dran kommen. Für die Einhaltung der Tagesordnung ist ebenfalls die Redeleitung verantwortlich. Die Sitzungen sind dadurch deutlich kürzer geworden. Die gewonnene Zeit nutzen wir zur eigenen politischen Weiterbildung: Ein Gruppenmitglied bereitet eine Diskussion vor, meist mit einem kurzen Input, sei es ein Text oder ein kurzer Film. Fast wichtiger als die Weiterbildung ist aber die Auflockerung der Sitzungen. An politischen Diskussionen können sich alle beteiligen. Bei der normalen Orgasitzung unterhalten sich meist nur die wenigen Verantwortlichen und der Rest kann nur zuhören. Organisatorische und inhaltliche Arbeit haben wir deshalb größtenteils in Arbeitsgruppen ausgelagert. Die AGs machen die eigentliche Arbeit und verfolgen unsere Projekte. Jedes Mitglied ist in mindestens einer AG. Neuen soll so das Gefühl gegeben werden, dass sie gleichberechtigt sind und gebraucht werden. Die Eingliederung von neuen Mitgliedern ist durch die Arbeitsgruppen viel leichter. Die Arbeit wird durch die AGs auch viel besser verteilt, so das nicht nur die üblichen Verdächtigen alles machen.

Auf den Plena stellen AGs ihre Arbeit vor und fassen sie pointiert zusammen. Die Gruppe ist so immer auf dem Laufenden über die Tätigkeit der AGs und ob Hilfe gebraucht wird etc. Durch die Veränderungen der Gruppensitzungen plenieren wir nicht länger als zwei Stunden. Unsere Plena sind mittlerweile kurz, relativ angenehm und auch für Außenstehende interessant. Um die Gruppe beisammen zu halten, sich kennen zu lernen und nicht immer nur zu arbeiten, suchen wir nach den Plenum stets gemeinsam die Bar unseres Vertrauens auf. Durch diese Art der Gruppentreffen kommen in den letzten Monaten konstant mehr Leute, gerade neue Leute und auch wieder Frauen. Der SDS und die sozialistischen Vorgängerorganisationen hatten alle Frauenquoten zwischen 10-20%. Wir hatten zuletzt gar keine Frauen mehr in der Gruppe. Alles in Allem sehr schlecht für eine Gruppe mit einem emanzipatorischen Selbstverständnis. Wir haben über dieses Dilemma intensiv diskutiert. Ein Ergebnis dessen war die Änderung der Gruppensitzungen, die Einführung einer Gender AG und eine regelmäßige Überprüfung der Gruppensitzung auf Genderspekte.

Aber es bleibt dabei, von sich aus, kommen meist nur Männer zu den Gruppentreffen. Die Frauen, die wir neu in der Gruppe haben, wurden von Frauen von solid geworben. Frauen werben Frauen scheint wohl am besten zu klappen.

Trotzdem ist die Situation nicht zufriedenstellend. Um quantitativ geringere Beteiligung von Frauen zu erklären, reicht es nicht nur auf die gesellschaftliche Gesamtsituation zu verweisen. Wir haben viele konkrete Konzepte den Kapitalismus zu überwinden, aber konkrete Konzepte die Geschlechterverhältnisse zu ändern, fehlen uns als Gruppe und als Verband. Die Berichte aus Leipzig und Regensburg fanden wir sehr spannend und haben sie ausgiebig diskutiert. Der letzte BuKo war diesbezüglich ein Schritt in die richtige Richtung. Über Ansätze sind wir noch nicht hinaus, also: dranbleiben!

## Was wir machen

Wir haben unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte: Bildungsarbeit, Aktionen und die Gremien der Universität. Ein Teil unserer Bildungsarbeit sind Flyer und der Rotstift. Der Rotstift ist unsere Zeitung. Er erscheint zweimal im Semester. Mit dem Rotstift informieren wir über hochschulpolitische, allgemeinpolitische Themen, interessante Bucherscheinerungen und unsere Arbeit (ihr könnt euch den Rotstift ja mal auf unserer Homepage anschauen). Wir verteilen den Rotstift, zusammen mit der Critica und unseren Flyern, jeden Tag in der Mensa

und in der Uni.

In jedem Semester organisieren wir inhaltliche Veranstaltungen. Nach den Marx-Lesekreisen hatten wir uns überlegt, wie es weitergeht und uns gegen weitere Kapitallesekreise oder ähnliches entschieden. Im letzten Wintersemester haben wir dafür eine Reihe organisiert unter dem Titel „Marx, wo steckst du?“ Es ging um die Aktualität marxistischer Fragestellungen und Antworten in so unterschiedlichen Gebieten wie Bildung, Geschlechterverhältnisse, europäische Integration uvm. Teil unseres Konzepts war und ist es kritische und linke DozentInnen unserer Universität für Veranstaltungsreihen zu gewinnen. Das gelingt seit Jahren sehr gut. Das hat mehrere Vorteile: (1) Vernetzung mit anderen Linken für gemeinsame Arbeit, z.B. in Gremien, (2) die DozentInnen stehen uns aufgeschlossen gegenüber, unterstützen uns bei Aktionen und (3) weisen zudem auf unsere Veranstaltungen hin oder (4) helfen uns bei der Suche nach ReferentInnen. Die Reihe lief so gut, dass wir dieses Semester im AStA-Referat für Kritische Wissenschaft gemeinsam mit DozentInnen eine Ringvorlesung organisiert haben mit dem Titel „Sozialismus im 21. Jahrhundert.“ Wir konnten für diese Reihe ReferentInnen aus Deutschland, Österreich und den USA gewinnen. Die Reihe widmet sich einer Analyse der bisherigen Sozialismen, einem Blick auf bestehende Staaten und Konzepte China/ Lateinamerika und Alternativkonzepten Zapatismus oder Fragen von Ökologie/ Sozialismus uvm. Sowohl unsere Reihe als auch die Ringvorlesung haben wir entweder ins Vorlesungsverzeichnis gesetzt bzw. auf die Startseite der Uni gebracht (mit freundlicher Überzeugungsarbeit).

Aufwendige und kostenintensive Punkte machen wir meist im Kontext des AStA. Der SDS hat seit Jahren Sitze im StuPa und stellt zudem einige ReferentInnen im AStA. Das hat zwei Vorteile: Die AStA-ReferentInnen führen ein Teil ihrer Aufwandsentschädigung in die Gruppenkasse ab, was die Finanzierungsbasis für Aktionen, Material etc. ist. Zweitens, besetzen wir kontinuierlich das Referat für Kritische Wissenschaft und zudem andere strategisch wichtige Referate um die Ausrichtung des AStA zu beeinflussen; um marxistische und linke Inhalte zu transportieren sowie die AStA-Politik auf soziales zu verpflichten. AStA-Politik macht aus unserer Sicht, aber nur Sinn, wenn sie nicht die Gruppenpolitik dominiert. Das ist wenig attraktiv für Außenstehende und ineffizient, wenn der SDS nur eine von vielen Gruppen im AStA ist und damit nur

bedingt durchsetzungsfähig ist. Gremienarbeit ist oft aufreibend und hat nur einen geringen Ertrag. Nichtsdestotrotz ist sie wichtig. Ob diese Arbeit gebraucht wird, sollte aber stets überprüft werden. Priorität hat die Arbeit der Gruppe.

### Arbeit mit anderen

Grundsätzlich versuchen wir bei all unseren Projekten mit anderen zusammen zu arbeiten. Für das StuPa bilden wir beispielsweise mit anderen linken Gruppen einen linken Block. Wir machen nur gemeinsam Politik und lassen uns nicht spalten. Das ist nicht immer einfach, da die uns nahe stehende Partei sehr kritisch gesehen wird. Das Problem kennen wahrscheinlich alle Gruppen. Trotzdem macht eine Zusammenarbeit mit Anderen Sinn, weil wir so eine viel stärkere Position erlangen. Ob es Anti-Naziaufmärsche oder Aktionen gegen die Schuldenbremse sind, wir agieren mit allen linken BündnispartnerInnen, sei es die Antifa, Gewerkschaften oder die Grüne Hochschulgruppe.

Ein besonderes Verhältnis ist das Verhältnis zur Partei Die Linke. Wir achten zwar auf eine Trennung zwischen Partei- und Verbandspolitik. In der Gruppe sind schließlich Nichtparteimitglieder und darauf gilt es Rücksicht zu nehmen. Die Beziehung zwischen Partei und SDS ist in Marburg trotzdem recht eng; einerseits, aufgrund

politischer Nähe (was nicht selbstverständlich ist) und andererseits weil es zu beiderseitigem Vorteil ist. Ein Mitglied des SDS ist jedes Jahr im Kreisvorstand vertreten. Der SDS hat damit Mitspracherecht und kann die Infrastruktur der Partei nutzen. Er unterstützt dafür die Partei gelegentlich bzw. wirbt für linke Positionen an der Uni. Wie oben erwähnt, finden unsere Treffen im Parteibüro statt. Auf einige InteressentInnen wirkt das abschreckend, daher finden Veranstaltungen grundsätzlich außerhalb statt, z.B. in der Uni oder in Gewerkschaftshäusern.

Generell gilt für uns, trotz Differenzen und Schwierigkeiten, Bündnisse mit anderen Linken sind obligatorisch. Wir versuchen alle Bündnisse auf Augenhöhe zu führen und uns auf gemeinsame Punkte zu einigen. Pluralismus darf nicht nur ein Lückenbekenntnis sein. Auf lange Sicht müssen wir immer Bündnisse eingehen, innerhalb des Verbandes und außerhalb. Über Detailfragen lässt sich zwar trefflich streiten, bringt uns aber nicht weiter. Bündnisarbeit und innerlinke Kompromisse sind oft aufreibend, aber nur so kommen wir ans Ziel!



# 5 Monate AStA-Arbeit – Eine Bilanz des aktuellen Sommersemesters

- DIE LINKE.SDS KÖLN -

Seit Anfang Februar 2011 ist der Kölner SDS nun im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Universität zu Köln vertreten. Gemeinsam mit campus:grün und Jusos stellen wir seit 11 Jahren zum ersten Mal einen AStA, der sich auch nach außen hin als „links“ präsentiert und der den Anspruch hat, entsprechend politisch einzugreifen. Von unseren ca. 20-25 festen Mitgliedern arbeiten 6 im AStA mit. So stellen wir die 2. Vorsitzende und arbeiten im Referat für Kritische Wissenschaften und Antidiskriminierung (KriWi) sowie im Politikreferat mit. Als erste Bilanz lässt sich festhalten: AStA-Arbeit ist anstrengend, natürlich nicht immer konfliktfrei, aber insgesamt erfreulich!

## Unsere Herzensangelegenheiten im AStA

Als inhaltliche Schwerpunkte der SDS-Projektleiter lassen sich für die letzten fünf Monate vor allem nennen: Der Kampf gegen Zwangsexmatrikulationen auf Grund der Umstellung auf Bachelor-Master; der Einsatz für eine Zivilklausel an der Uni Köln; die Organisation einer kritischen Ringvorlesung mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Auseinandersetzung mit der Umstellung des Lehramts auf Bachelor-Master, die Beteiligung an den Versuchen, wieder eine Bildungs- und auch Friedensbewegung im Herbst zu organisieren und der Einsatz gegen Burschenschaften an der Uni Köln. Darüber hinaus haben SDS-Mitglieder Artikel für die neue, qualitativ hochwertige AStA-Zeitung geschrieben und sich natürlich an zahlreichen AStA-Aktivitäten beteiligt, ob nun Flyer-Verteilen in der Mensa, Infostände auf dem Uni-Vorplatz oder Sprechstunden in unseren AStA-Räumlichkeiten. Auch die wöchentliche AStA-Versammlung besuchen unsere Projektleiter allesamt regelmäßig. Dabei führen wir nicht zuletzt auch spannende Diskussionen mit unseren KoalitionspartnerInnen, deren Perspektiven zwar bisweilen nicht die unseren sind, mit denen es sich aber lohnt, sich auseinander zu setzen. Denn wenn man sich weiter entwickeln und etwas bewegen will, darf man eben nicht nur im eigenen Saft schmoren, sondern muss auch Konflikte und Debatten mit Andersdenkenden führen. All dies erfordert natürlich einiges an Einsatz seitens unserer AktivistInnen, nicht zuletzt auch derjenigen, die nicht selbst im AStA vertreten sind, sondern die vor allem die SDS-internen Gruppenaktivitäten organisieren.

## SDS-interne Aktivitäten

Denn auch die sind dieses Semester nicht auf der Strecke geblieben: So haben wir Anfang des Semesters auf einer SDS-Klausurtagung das Semester geplant und haben zunächst eine große Veranstaltung mit Christine Buchholz zum Thema Islamophobie organisiert. Wir haben einen Kennenlernabend veranstaltet und verschiedene Flyer geschrieben und verteilt. Auf dem Bundeskongress des SDS haben wir zwei Anträge gestellt und waren auch mit 8 Leuten auf dem BuKo vertreten. Wir haben criticas verteilt und hin und wieder SDS-Plakate plakatiert. Wir haben uns an den Aktivitäten gegen die Rechtsradikalen von Pro-Köln beteiligt und eine Bahnhofs-Blockade mit durchgezogen. Wir waren auf mehreren Anti-Atom-Demos präsent. Auch haben wir mit diversen BündnispartnerInnen Kontakt gehalten bezüglich der Organisation neuer Bildungsproteste und haben den Einsatz der GEW Studis für ein Moratorium der Lehramts-Umstellung auf BA/MA unterstützt. Jetzt gegen Ende des Semesters stellen sich verständlicherweise bei einigen Ermüdungserscheinungen ein. Um uns gemeinsam zu erholen, planen wir daher für die Semesterferien eine Woche „Super-Sozialistische-Sommer-Sause“, in der wir gemeinsam campen und den Sommer genießen wollen. Überhaupt haben wir trotz all der Arbeit auch die gemeinsamen sozialen und auch theoretischen Aktivitäten nicht vergessen. Wir haben gemeinsam Rosa Luxemburg gelesen und auf mindestens der Hälfte unserer wöchentlichen Treffen inhaltliche Inputs diskutiert zu den verschiedensten Themen: Sei es Libyen, seien es die Revolutionen in Nord-Afrika, sei es Prostitution oder auch Atomkraft und Energiekonzerne – wir haben uns mit so einigem beschäftigt und haben uns so sicher alle auch inhaltlich und persönlich weiter entwickelt.

## Herausforderungen für die Zukunft

Haben wir mit unserem Engagement dieses Semester etwas bewegt? Ich denke schon. So ist es zum Beispiel gelungen, das Thema Zwangsexmatrikulationen recht gut in den Medien zu verankern und die Betroffenen bei ihren Aktivitäten solidarisch zu unterstützen. Auch war der AStA dieses Semester insgesamt deutlich präsenter an der Uni als in der Vergangenheit: Zahlreiche Veranstaltungen, ein tolles „festival contre le racisme“ und die gute, neue Zeitung sprechen da für sich und

haben es auch dem Kölner Rektorat bisweilen nicht leicht gemacht. Insofern ist es sicherlich sinnvoll, auch in Zukunft Energie in die Arbeit der Studierendenvertretung zu stecken. Nicht zuletzt hat man aus dem AStA heraus auch ganz andere Gestaltungsmöglichkeiten als wenn man immer nur Opposition ist: Man hat Einfluss auf den Haushalt und auf Finanzentscheidungen und kann somit dazu beitragen, dass sinnvolle Aktivitäten finanziert werden (wie wir es im Hinblick auf vieles getan haben, sei es Dresden, sei es antifaschistische Arbeit in Köln oder auch sinnvolle inhaltliche Veranstaltungen diverser Hochschulgruppen). Man ist im Senat vertreten und kann sich dort einbringen und für eine emanzipatorische, linke Entwicklung der Uni streiten. Natürlich muss man sich auch an den weniger spannenden organisatorischen Aufgaben beteiligen, aber auch da gibt es Gestaltungspotentiale und nicht zuletzt lernt man einiges. So zum Beispiel in der Arbeit mit den Angestellten des AStAs, die hier in Köln größtenteils recht froh sind, wieder linke „Arbeitgeber“ zu haben. Für die Gruppe besteht die Herausforderung vor allem darin, Gruppenaktivitäten nicht zu vernachlässigen und sich auch nicht zu überlasten. Nötig ist ein solidarisches Arbeitsklima, wo alle sich aufeinander verlassen können, wo Aufgaben geteilt werden und wo man sich unterstützt, wenn es mal nicht so gut läuft. Nötig ist auch, dass wir als Gruppe darüber diskutieren, welche inhaltlichen Schwerpunkte wir setzen wollen, an welchen Bewegungen wir uns beteiligen wollen und vor allem: warum? Sonst besteht die Gefahr, in einen aufreibenden Aktionismus zu verfallen, bei dem einem nach gewisser Zeit nicht mehr klar ist, wieso man eigentlich die ganze Energie investiert und ob sie nicht eigentlich nur sinnlos verpufft. Letzteres ist meistens sicher nicht der Fall, aber wenn man sich zu wenig mit den Zusammenhängen beschäftigt, in denen man arbeitet, kann es einem wohl bisweilen so vorkommen. Daher: Tauschen wir uns aus, sprechen wir über die gemeinsamen Ziele und darüber, wie wir sie gemeinsam erreichen wollen! Nehmen wir uns Zeit für inhaltliche Diskussionen! Und: Wertschätzen wir gegenseitig unsere Arbeit, feiern wir kleine Erfolge und seien wir nicht zu perfektionistisch!

**Fazit:** Die Arbeit in der Studierendenvertretung ist eine gute Möglichkeit, an der Uni etwas zu bewegen. Voraussetzung für die Arbeit im AStA ist, dass die Gruppe gut und solidarisch funktioniert, damit man darüber hinaus SDS-interne Aktivitäten verfolgen kann, wie wir es auch dieses Semester getan haben. Aber: alles geht nicht und alles muss auch nicht. Wichtig ist, dass die Mitglieder insgesamt Spaß an der Arbeit haben und dass Sinnvolles dabei heraus kommt!



# Bodenständig und voller Hoffnung

Frigga Haugs „Vier-in-einem-Perspektive“

- TATJANA GOSSEN (HU BERLIN) -

„Feminismus ist für mich selbst schon politische Utopie, ist Perspektive und Hoffnung auf die Abschaffung von Herrschaft, auf ein Ziel, an dem das allen Gemeinsame auch allen gemeinsam ist und nicht wie üblich nur in einem solchen Gewande auftritt.“ (292)

Entsprechend dem obigen Zitat entwickelt Frigga Haug in ihrem Werk „Die Vier-in-einem-Perspektive“ eine feministische Utopie für alle, die auf einer Umverteilung der verfügbaren Zeit beruht, aber auch einer Neubewertung der vier zentralen Bereiche des Lebens: der (Erwerbs-)Arbeit, der Reproduktion, der Selbstentfaltung und Bildung sowie der Politik als Gestaltungsmittel der Gesellschaft.

Frigga Haug analysiert die jeweiligen Sphären anhand von persönlichen Erfahrungen, Interpretationen von literarischen Werken, empirischen Studien, theoretischen Auseinandersetzungen u.v.m. So wird die komplexe Verflechtung der verschiedenen Wahrnehmungsweisen, aber auch die Notwendigkeit, zur Erforschung der lebendigen Wirklichkeit verschiedene Methoden heranzuziehen, deutlich.

Im Folgenden werden ausgewählte Stellen zusammengefasst, um einen ersten Eindruck vom Werk zu vermitteln. Es besteht keinesfalls ein Anspruch auf Vollständigkeit, ebenso soll die Zusammenfassung nicht die Lektüre ersetzen, sondern dazu anregen.

## Erwerbsarbeit

Im ersten Teil wird die Erwerbsarbeit als ein konfliktreiches Feld dargestellt. Diese wird sowohl in der eigenen Arbeitsbiographie als umkämpft, mal befriedigend, mal verstörend, zum

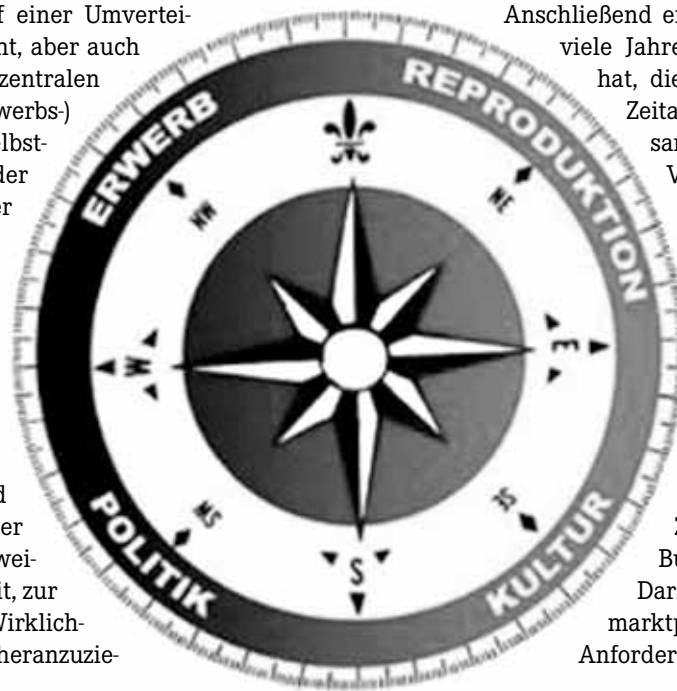
Selbstzweifel führend etc. wahrgenommen, als auch in der theoretischen Analyse ambivalent gesehen: Bei Marx ist Arbeit als Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur auf der einen Seite durchaus positiv, sowie als „unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit“ (Marx 1845) auf der anderen äußerst negativ besetzt.

Anschließend erörtert Frigga Haug, die sich über viele Jahre mit der Automation beschäftigt hat, die veränderte Arbeitsforschung im Zeitalter der Mikroelektronik. Interessant sind hier ihre Anmerkungen zur Veränderung des Verhältnisses von Kopf- und Handarbeit, von Arbeit und Freizeit. Mit der Flexibilisierung und Individualisierung des Arbeitsalltags verändere sich die gesamte Arbeitsorganisation, aber auch die Arbeitnehmer\_innen selbst. An dieser Stelle liefert die Autorin in der Auseinandersetzung mit der sogenannten „Job-Revolution“, untermalt mit Zitaten aus dem gleichnamigen Buch von Peter Hartz, eine radikale Darstellung der neoliberalen Arbeitsmarktpolitik und ihrer verschleierte Anforderungen an die Menschen.

Feministische Forderungen seien hingegen beispielsweise Halbierung der Erwerbsarbeitszeit, Erweiterung des Arbeitsbegriffs, Garantie eines existenzsichernden Einkommens, Recht auf Arbeit und Leben in der Gesellschaft.

## Reproduktionsarbeit

Einen Roman interpretierend stellt Frigga Haug die Notwendigkeit dar, aus dem privaten Geschlechterverhältnis auszutreten und ein Interesse an Geschlechterverhältnissen als gesellschaftlichen Verhältnissen und Herrschaftsverhältnissen zu entwickeln.



Gerade der Reproduktionsbereich sei durchdrungen vom kapitalistischen Patriarchat als Zivilisationsmodell, einem „Zivilisationsmodell, in dem sozial konstruierte Männlichkeit mit ihren Formen der Effektivierung, der Konkurrenz, des Wettlaufs gegen den Tod durch die Schaffung ewiger Werke, der Abstraktion vom Lebendig-Körperlich-Alltäglichen sich verbunden haben mit der Regulationsform von Markt und Profit“ (119). Dies führe zur Frauenunterdrückung und -marginalisierung, Unterwerfung der körperlichen Arbeit, Marginalisierung und Vernachlässigung des Sozialen etc.

### Kulturelle Entwicklung

Als kulturelle Entwicklung versteht die Autorin die Entfaltung aller individuellen Möglichkeiten wider die Schranken der vorhandenen Strukturen. Gerade in dieser Sphäre sei es schwer, den Alltag zu begreifen und theoretisch zu vermitteln, da die Veränderung der Strukturen auch eine Selbstveränderung voraussetze. Um dies zu verdeutlichen, setzt sich Frigga Haug mit der Liebe, dem Privaten, dem Lernen auseinander, um schließlich ihre Vorstellungen von einer Politik von unten darzulegen.

Zum einen gelte es, Vorstellungen von Liebe, die schließlich zu einem „Liebesgefängnis“ (nach A. Kollontai) werden, zu erkennen und zu bekämpfen. Die Befreiung der Frau sei aus dieser Perspektive nicht nur eine von den äußeren Ketten, sondern auch eine gegen die vermeintlich in der Liebe begründeten Formen der weiblichen Vergesellschaftung. Ähnlich gerichtet ist die qualitative Analyse von von Frauen verfassten Geschichten zum Thema „Ich will jetzt endlich mal was für mich tun, statt...“, in welchen Frigga Haug eine Auflehnung „gegen fast alles Gesellschaftliche“ (199) feststellt. Zum einen sei es die Zeitverfügung, zum anderen das Problem mit der Arbeit sowie die Befreiung als Selbstzerstörung. „Zeit für mich“ werde dabei als Abgrenzung von entfremdeten Tätigkeiten und Selbstlosigkeit im Alltag verstanden, welche in dem Bemühen begründet sei, in den vorgefundenen gesellschaftlichen Strukturen handlungsfähig zu sein.

Immer wieder kritisiert die Autorin die Trennung von Arbeit und Freizeit, von privat und öffentlich, von Betrieb und Familie, von Vernunft und Emotionalität, da diese die ständige Wiederherstellung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und emotionalen Zuständigkeiten bewirke. Stattdessen sollte die volle Gesellschaftlichkeit der Individuen hergestellt werden, welche nur dann gegeben sei, „wenn die Mitglieder einer Gesellschaft gemeinsam über die Bedingungen ihres Handelns verfügen können, ihnen nicht ausgeliefert sind“ (176).

Eine weitere Ebene von Entfaltung der individuellen Möglichkeiten stellt das Lernen dar. Hierzu wurden von Frigga Haug Lerntagebücher von Studierenden, die an einem von ihr geleiteten zweisemestrigen Seminar teilnahmen, ausgewertet.

Darin zeigen sich die von den gesellschaftlichen Schranken aufgebauten Lernblockaden auf: Die Angst vor dem Versagen, der ständige Vergleich mit anderen, die Schwierigkeit, wissenschaftliches Arbeiten als Kritik zu sehen und zu praktizieren usw. Insbesondere bei Frauen wird der Selbstzweifel deutlich:

„Sehr grob zusammengefasst kann man vielleicht formulieren, dass es den Männern leichter gelingt, sich das Denken buchstäblich vom Leibe zu halten, es als bloß abstrakten Vorgang zu üben und sich darin zu bestätigen, während die weiblichen Studierenden so etwas wie einen Unmittelbarkeitsbezug zwischen Denken und Handeln haben, ein Verhältnis, das wiederum blockierend wirken kann.“ (220)

### Politik von unten

Das vierte Feld, das des Politischen, beginnt mit einer Darstellung von Besonderheiten und wichtigen Schwerpunkten der politischen Arbeit von Frauen:

„Wenn Frauen die Bedingungen und Verhältnisse verändern wollen, unter denen sie leiden, müssen sie die von ihnen schon mit dieser Inkompetenz einverständlich besetzten Bereiche in ihren eigenen Persönlichkeiten umbauen, die Sache anders wahrnehmen, d.h. sie müssen auch ihre Gefühle verändern.“ (248)

Anschließend erläutert Frigga Haug das vieldiskutierte Verhältnis von Arbeiter- und Frauenbewegung sowie die Schwierigkeit, diese zusammenzubringen, da (1.) die Frauenunterdrückung durch Männer älter sei als die Klassenunterdrückung, (2.) die Sozialstruktur auf der Frauenunterdrückung basiere, (3.) in der Befreiung von der Ausbeutung durch das Kapital mit der Arbeiterklasse als historischem Subjekt die Frauenbefreiung nicht enthalten sei, (4.) die Frauenfrage im Programm des Klassenkampfes meist zu einer Rangliste von Wichtigem und Unwichtigem verkümmere, sowie (5.) die direkte Verknüpfung von Frauenbewegung und kapitalistischer Ausbeutung fruchtlos sei (257f.). Daher sieht sie eher die Notwendigkeit, die Trennung des Persönlichen und des Politischen aufzubrechen, da das, was als persönlich/privat gilt, mit Macht und Herrschaftslegitimation so verbunden sei, dass es ein Nährboden für die Beibehaltung der übrigen gesellschaftspolitischen Machtstrukturen sei. So sei die Trennung von Politik und Privatsphäre selbst eine Machtausübung, deren Folge z.B. eine Arbeitsteilung sei, die es unmöglich mache, aus der Privatsphäre umstandslos in die Politik hinauszutreten.

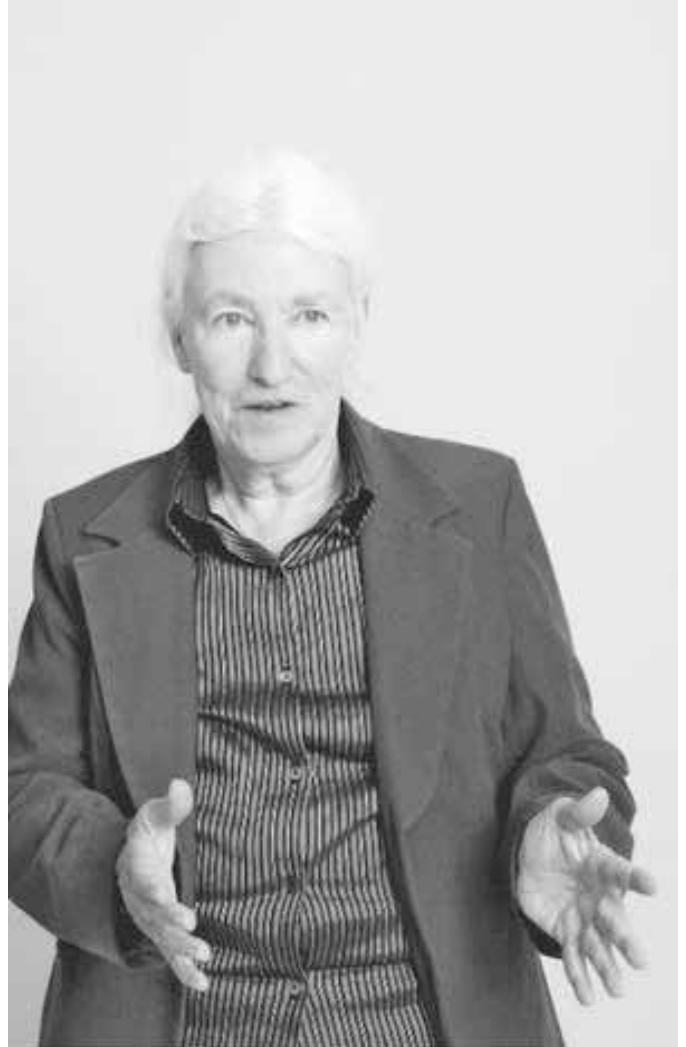
Ihre aus der eigenen politischen Arbeit erfahrenen Schwierigkeiten des oben genannten Versuchs, Klassenkampf und Frauenbefreiung zusammenzubringen, führen sie dem Schluss, dass jede politische Arbeit wichtig sei:

„Es gibt keine absolute Lösung. Alle Kämpfe sind mehrfach bestimmt. Statt der Universallösung gibt es viele Lösungsformen, die zusammenzubinden sind; statt des einen historischen Subjekts ist ein vielstimmiges zu bilden. Die verschiedenen Widerstandsformen unter eine Frage zu zwingen, wäre steril. Gelingt es, sie zusammenzubinden, ist der Widerstand desto stärker, je vielfältiger seine einzelnen Formen sind. Der Gedanke, dass eine politische Bewegung konzentriert auf einer Linie arbeiten muss, sonst geschwächt ist, unterschätzt die Vielfältigkeit und Zerstretheit der Herrschaft auf viele Punkte, den Systemcharakter.“ (266)

#### Fazit

Für Frigga Haug bedeutet der Feminismus die „Einnahme eines komplizierten besonderen Standpunktes mit gleichwohl menschheitlich allgemeiner Perspektive“, so muss aus ihrer Sicht die „Ineinssetzung des Allgemein-Menschlichen mit dem Männlichen ebenso in Frage gestellt [werden] wie ihr Pendant, die Besonderung des Weiblichen als natürlich“ (296). Diese Definition wird gegen Ende des Werks vorgenommen und lässt beim Lesen offen, welche Position die Autorin in den gender-wissenschaftlichen Debatten der letzten Jahre einnimmt. Zunächst scheint es, sie würde das („natürliche“) Bestehen der beiden Geschlechter nicht hinterfragen, doch in der nachträglichen Fundierung betont sie, dass die als „natürlich“ geltenden Geschlechter im historischen Prozess sozial geformt werden. An dieser Stelle definiert Frigga Haug weitere zentrale Begriffe, wie den der Geschlechterverhältnisse als fundamentale Regelungsverhältnisse in allen Gesellschaftsformationen und ihrer Theorie als der Untersuchung von Einspannung der Geschlechter in die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse (310). Insofern wäre es vielleicht sinnvoll, den theoretischen Hintergrund zu lesen, bevor zur Lektüre der „Vier-in-einem-Perspektive“ selbst übergegangen wird.

„Die Vier-in-einem-Perspektive“ ist darauf gerichtet, aus den Wünschen eine Kritik und eine mögliche Veränderung abzuleiten, welche „das falsche Allgemeine zurückweist und die Herausbildung des wirklich Allgemeinen“ befördert (296). Insofern lässt sich das Buch als eine politische Utopie lesen, die zum einen realistisch und bodenständig, zum anderen voller Hoffnung auf die Lösung der bestehenden Unterdrückung ist.



Textgrundlage: Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive.  
Politik von Frauen für eine neue Linke. Argument-Verlag,  
Hamburg 2009

# Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?

Der Klassiker wurde restauriert und ist nun in deutlich verbesserter Bildqualität und mit wertvollem Zusatzmaterial bei Suhrkamp auf DVD erhältlich

- MALTE PANNEMANN (DIE LINKE.SDS JENA) -

Der Film „Kuhle Wampe“ gehört zu dem Genre des Proletarischen Films und erschien im Jahre 1932. Am Drehbuch wirkte Bertolt Brecht mit. Unter den Schauspielern finden sich bekannte Namen wie der von Ernst Busch. Die Filmmusik stammt von Hanns Eisler, welcher unter anderem die Arbeiterkampflieder „Roter Wedding“ sowie das Solidaritätslied und später die Nationalhymne der DDR komponierte. Die Regie bei dem Gemeinschaftswerk führte Slátan Dudow, welcher zuvor auch die Dokumentation „Wie der Berliner Arbeiter wohnt“ drehte.

„Kuhle Wampe“ zeigt die Situation der Menschen im Berlin der 1930er Jahre und erzählt die Geschichte von Anni (Hertha Thiele) und Fritz (Ernst Busch). Der Film zeichnet sich aus durch sein für die damalige Zeit hohes künstlerisches Niveau und seinen politischen Charakter. Der Film war zunächst Verboten, unter großem öffentlichen Druck wenigstens zensiert freigegeben und nach der Machtübernahme der Faschisten wieder verboten worden. Kuhle Wampe war in den 10 Monaten, in denen der Film in Deutschland zu sehen war, ein außerordentlicher Publikumserfolg und gilt noch heute als ein künstlerischer Meilenstein des politischen Films.

## Die Handlung

Zu Beginn des Films wird die Wohnsituation der Arbeiter und Arbeitslosen sowie die Jagd der Menschen nach Arbeit dokumentiert. Überall werden sie aber zurückgewiesen mit dem Hinweis „Arbeiter werden nicht eingestellt“. Da Annis Bruder bereits seit Monaten arbeitslos ist, gerät die Familie in Streit. Während die Eltern an ein individuelles Schicksal glauben und die Verantwortung bei dem Jungen suchen, stellt Anni zutreffend fest: „Es gibt keine Arbeit“. Als die Familie die Mietschulden nicht mehr zahlen kann und die staatlichen Behörden feststellen, dass ihre Lage selbst verschuldet sei, muss die Familie die Wohnung räumen und in die Zeltkolonie Kuhle

Wampe ziehen.

Dieser erste Abschnitt des Films demonstriert die katastrophale Situation, in der sich die Menschen befinden im Kontrast zu den wohlhabenden Bürgern. Verschärft wird die Situation noch, als Anni von Fritz schwanger wird und Fritz seine Arbeit verliert. Hinzu kommt ihr Streit im Angesicht der Notlage.

Eingeleitet durch das Klangmotiv des Solidaritätsliedes erfährt der Film in dieser kritischen Situation eine scharfe Wende.

Annis Freundin Gerda, welche sie noch aus ihrer aktiven Zeit im Kommunistischen Sportbund kennt, bietet ihr Hilfe an. Anni kann bei ihr wohnen und sie erfährt Unterstützung bei der Suche nach einem Abtreibungsarzt und dem Aufbringen der nötigen finanziellen Mittel. Nach dem auch Fritz angeworben wird und sich im Kommunistischen Sportbund organisiert, begegnen sich beide bei einem Arbeitersportfest und söhnen sich wieder aus.

In scharfer Abgrenzung zu dem zuvor dokumentierten Elend und dem Leiden der Menschen unter den Zuständen, wird dem Zuschauer jetzt die Lösung dieser Situation illustriert. Während die Menschen Leid erfahren, solange sie vereinzelt bleiben und ihr Schicksal für individuell halten, erfahren sie Solidarität und neue Lebensfreude, wenn sie sich politisch organisieren.

Die letzte Szene des Films wurde von Brecht persönlich geschrieben. Hier werden die unterschiedlichen politischen Positionen und Lösungsansätze jener Zeit auf der Bahnrückfahrt vom Arbeitersportfest in einer Debatte zwischen verschiedenen Stereotypen gegenübergestellt. Auf die Frage, wer sie denn ändern würde, die Welt, antwortet die junge Kommunistin Gerda „Die, denen sie nicht gefällt!“



### Wertvolles Zusatzmaterial

Das Zusatzmaterial der DVD umfasst die bereits angesprochene Dokumentation „Wie der Berliner Arbeiter wohnt“ und die DEFA-Produktion „Feigenblatt für Kuhle Wampe“.

Mit der Stummfilmdokumentation „Wie der Berliner Arbeiter wohnt“ lieferte Sláta Dudow einen sozialistischen Gegenentwurf zu dem Film „Berlin - Die Symphonie der Großstadt“ des opportunistischen Filmemachers Walter Ruttmann. Ruttmann, der später auch Propagandafilme für die Nazis drehte, schuf einen oberflächlichen und für die sozialen Verhältnisse blinden Film. Im Gegensatz dazu dokumentierte Dudow das durch die Krise des Kapitalismus verschärfte Elend der Arbeiterklasse.

Im Jahre 1975 wurde „Feigenblatt für Kuhle Wampe“ veröffentlicht. Die Dokumentation erzählt die Verbots- und Zensurgeschichte des Films, welcher erst nach einer langen Auseinandersetzung und auch dann nur zensiert von den Behörden freigegeben wurde. Des weiteren erläutert die Dokumentation die politische Situation, in der der Film entstand, und ordnet ihn in das historische Geschehen ein. Der Witz, mit dem die Auseinandersetzung der Behörden mit dem Film anhand von Akten und Protokollen szenisch nachgestellt wird, macht die Dokumentation zu einer ebenso amüsanten wie kurzweiligen und in jedem Fall sehenswerten Ergänzung.

Ich kann diese Dokumentation nur sehr empfehlen. Einerseits werden dort Szenen gezeigt, die im Film aufgrund der Zensur nicht zu sehen sind, andererseits sind die Debatten der Filmzensoren für einige Lacher gut.

### Fazit

Ich persönlich schätze den Film sehr. Der ganze Film erscheint mir als ein künstlerisches Meisterwerk. Durch die Erzählung der Geschichte wird dem Zuschauer langsam bewusst, dass die Sorgen und Nöte der Protagonisten nicht selbst verschuldet sind sondern in einem größeren Zusammenhang begründet liegen. Zunächst gelingt es den Figuren nicht mit ihrem für individuell gehaltenen Schicksal umzugehen und so dokumentiert der Film zunächst eine immer stärkere Verelendung. Erst nachdem der große Zusammenhang durchschaut ist und Anni und Fritz sich ihrem Klasseninteresse entsprechend organisieren, kehrt Lebensfreude zurück.

Die Geschichte ist wie eine Parabel, welche durch ihren Verlauf eine eindeutige politische Botschaft vermittelt: Haltet eure Probleme nicht für Individuell sondern erkennt den Grund für eure missliche Lage im kapitalistischen System! Or-

ganisiert euch, tretet kommunistischen Verbänden bei! Der Höhepunkt ist die von Brecht selbst inszenierte Schlusszene des Films und ist nach meinem Dafürhalten an Genialität kaum zu übertreffen. In den Dialogen der unterschiedlichen Figuren lässt Brecht die politischen Positionen so pointiert aufeinander prallen, dass es wahrlich ein Genuss ist. Alle SDS-Gruppen sollten sich überlegen, ob sie nicht 20€ aus ihrer Gruppenkasse in diese DVD investieren und einmal einen gemeinsamen Filmabend veranstalten.



# Jean Zieglers „Imperiums der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung“

- ANIKA MAHLA (DIE LINKE.SDS LEIPZIG) -

Überall umgeben uns die Plakate mit den großen traurigen Augen kleiner Kinder aus dem Kongo oder anderen fernen afrikanischen Staaten. Wir werden mit Fragen konfrontiert wie: „Wie viel kann ein Kind tragen?“ Es soll Mitleid in uns ausgelöst werden, damit wir unser schlechtes Gewissen wegspenden. Die sogenannte „Dritte Welt“ wird durch die staatlichen Gelder der Entwicklungszusammenarbeit und private Transferleistungen in Abhängigkeit gehalten, aber dennoch kann die westliche Verantwortung aus der Geschichte der Kolonialisierung heraus nicht ignoriert werden. Die Aktualität des Themas wächst, so beträgt die Zahl der Hungerleidenden weltweit mittlerweile über eine Milliarde – und das trotz des im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen erklärten Millennium-Entwicklungszieles, die extreme Armut und den Hunger bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren.

Was sind die Ursachen für das Elend des globalen Südens? Diese Frage versucht Ziegler in seinem Buch aus seiner Perspektive als UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung zu klären. Dabei beleuchtet er die Folgen des „globalisierten Raubtierkapitalismus“. Seine zentrale These lautet, dass die Unternehmen, vor allem die multinational agierenden, unethisch nach dem Primat der Profitmaximierung handeln. Dabei lehnen diese sogenannten „Kosmokraten“ jede Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz ab und seien dadurch mitverantwortlich für den Welthunger.

Die „Refeudalisierung der Welt“ werde daran ersichtlich, dass 2007 die 500 mächtigsten transkontinentalen kapitalistischen Privatgesellschaften der Welt mit nur 1,8% der Arbeitskräfte 53% das weltweiten Bruttosozialprodukts kontrollieren.

Ferner problematisiert der Globalisierungskritiker den hohen Einfluss der Wirtschaft auf die Politik, welcher die Demokratie bedrohe und „Politiker als Söldner der real herrschenden Konzerne“ degradiere. Am meisten zitiert wird der Autor wohl für seine moralisierende Auffassung, dass ein Kind, welches an Hunger stirbt, ermordet werde. Dies geschehe alle fünf Sekunden und ohne Notwendigkeit, denn die Weltlandwirtschaft befände sich, sogar ohne Gentechnik, auf einem Produktionsniveau, welches 12 Milliarden hungrige Bäuche füllen könnte.

Ziegler prangert besonders das Ungleichgewicht des Kapitaltransfers zwischen dem globalen Norden und Süden an, welches in der Verschuldung des Südens seinen Ausdruck findet. Mit Hilfe der Länderberichte, die er im Rahmen seiner UNO-Tätigkeit verfasste, unterfüttert er seine Argumente empirisch mit Zahlen, so lastet beispielsweise auf der elftgrößten Wirtschaftsmacht Brasilien eine Auslandsschuld von 52% des Bruttoinlandsproduktes. Er spricht dabei von einer widerlichen Schuld, da diese zum Teil noch aus den Zeiten der Militärdiktatur stamme. Der Schuldendienst stelle somit eines der wirksamsten Mittel der Herrschaft des Nordens über den Süden dar und die Abzahlung sei eine Geste des Gehorsams, welche die Souveränität untergrabe. Die Tilgung setze eine Spirale in Gang, da zur Begleichung der alten Schulden neue aufgenommen werden müssen, vorhandene Ressourcen verschlungen werden und soziale Investitionen nur sehr gering ausfallen können. Der Autor betont die Notwendigkeit einer bedingungslosen, unilateralen und vollständigen Annullierung der Auslandsschuld der armen Länder und argumentiert, dass die Finanzkrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts Wertpapiere vernichtet hat, die einen 70mal höheren Gesamtwert umfassen als die Verschuldung der 122 ärmsten Länder gegenüber dem Ausland. Er appelliert daran, dass die Scham als revolutionäre Kraft, verbunden mit der Hoffnung und dem Gefühl der Schande angesichts von Hunger und Armut, zu einer Macht der Veränderung werden kann, welche die Ketten der Ohnmacht aufzubrechen vermag. Nur der Zufall verantwortet in welchen Teil der Welt wir geboren werden und aus



einem moralischen Imperativ heraus sollte die Unmenschlichkeit der strukturellen Gewalt gegenüber anderen, auch ein Stück der Menschlichkeit in jedem Einzelnen zerstören.

Es folgen unzählig Fakten, die zum Kopfschütteln und Widerwillen anregen. Die weltweiten Militärausgaben belaufen sich im Jahr auf mehr als 1000 Milliarden US-Dollar. Nur 30 Konzerne beherrschen den Weltgetreidemarkt. Die größten Budgetposten in den Pharmakonzernen sind die des Marketings, nicht der Forschung.

Ein weiterer Widerspruch in der globalisierten Welt ist, dass sich die Preise für Industriegüter in den letzten zwanzig Jahren versechsfacht haben, während die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe, wie beispielsweise Kaffee und Zucker, ständig gesunken sind. In den Berliner Cafés stiegen die Preise für Latte Macchiato in den letzten Jahren, während in Äthiopien der Rohstoffpreis für Kaffeebohnen dermaßen fiel, dass die Produktionskosten nicht mehr gedeckt werden konnten. Insgesamt hat sich die Zahl der unterernährten Menschen in Afrika innerhalb der letzten dreißig Jahre mehr als verdoppelt und gleichzeitig geben die OECD-Industriestaaten jährlich 350 Milliarden US-Dollar für Agrarsubventionen aus. Dieses Agrardumping führt dazu, dass auf einem Markt in Afrika europäische Grundnahrungsmittel nur ein Drittel soviel wie die einheimischen Produkte kosten. Der Hunger stellt für den emeritierten Soziologieprofessor eine Massenvernichtungswaffe dar, welche Millionen von Menschen massakriert und in seinen Augen der größte Skandal zu Beginn des dritten Jahrtausends ist.

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 konstatiert ein Recht auf das Streben nach Glück. Ziegler sieht in dem neuen historischen Subjekt der „planetarischen Zivilgesellschaft“ diejenigen, die die Umsetzung dieses verfassungsmäßig garantierten Rechtes einfordern können. Das Erstarken des globalisierungskritischen Weltsozialforums scheint ihm beizupflichten, jedoch ist der Weg zur konkreten Praxis noch steinig und ungewiss.

Die stetige Energie des mittlerweile 77-jährigen Schweizer erklärt er mit den Worten seines Freundes Jean-Paul Satre: „Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark hassen, was sie unterdrückt.“ Letztlich können die Menschen sich nur selbst erretten, indem sie Solidarität leben und sich ihrer Gegenseitigkeit bewusster werden.

Die einzige praktische Anweisung die Jean Ziegler dem Leser mit auf dem Weg gibt, lautet: „Empört Euch!“. Genau das sei die Aufgabe des Einzelnen. Auch wenn sich die Welt dadurch noch nicht ändert, kann Empörung mehr Energie freisetzen als Ignoranz gegenüber dem Schicksal der anderen Hälfte der Welt.

Das aufrüttelnde und anklagende Buch regt zum Nach- und Weiterdenken an. Damit stellt es einen wichtigen Beitrag zur Information über die Auswirkungen der Globalisierung für den globalen Süden dar.





Grundlage der Charta der Vereinten Nationen. Der Kampf gegen Umweltzerstörung, die Diktatur des Kapitals und der Unterdrückung von Minderheiten ist für ihn daher eine uneingeschränkte Pflicht. Das Exempel für wachsende Ungerechtigkeit schlechthin, ist für Hessel die Situation der Palästinenser im Gaza-Streifen, welcher er ein eigenes Kapitel widmet. Dabei ist er nicht, wie ihm oft vorgehalten wird, parteiisch oder tendenziös, sondern beklagt sowohl die Politik der israelischen Regierung, als auch die der Hamas. Das Aufbegehren der palästinensischen Bevölkerung entspringt für ihn aus der puren Verzweiflung über ihre prekäre Situation in ihrem ummauerten Land.

Man mag Hessel vieles vorwerfen können. Natürlich ist „Empört euch!“ mit gerade einmal 24-Seiten keine fundierte gesellschaftliche Analyse. Dieser Anspruch wird aber niemals von Hessel erhoben. Es ist der gesammelte Aufschrei über die dunkelsten Auswüchse eines entfesselten Kapitalismus. Hessel

macht keine revolutionären Ansagen und doch argumentiert er für die Bewegung, für eine gemeinsame Empörung von unten. Auf diesen 24-Seiten schafft er das, was ein Sarrazin hierzulande auf 464 Seiten nicht mal ansatzweise schafft. Er formuliert eine messerscharfe, zuweilen angenehm polemische Wut, die nicht nach Sündenböcken sucht, sondern die Ursachen für soziale Ungleichheit, Krieg und Umweltzerstörung klar benennt: einen empörungswürdigen Finanzkapitalismus. Übrigens: Hessel legt nach: In „Engagez-vous!“ (dt. Engagiert euch!), führt er einen spannenden Dialog mit einem französischen Öko-Aktivistin und sucht nach Wegen, wie die Umweltzerstörung gemeinsam zu stoppen ist.

**BIB. ANGABEN:**

Stéphane Hessel: Empört Euch!  
Ullstein, Berlin 2010  
32 Seiten, 3,99 Euro





# Sozialistische Tierbefreiung

Warum die ausbeutungsfreie Behandlung von Tieren  
eine sozialistische Forderung sein muss

- NAIMA BLUM, KATJA ERTL, JOHANNA ERTL, MARTIN OSWALD, MARION  
SCHMID, MARTIN SMEETS UND JONAS WALLNER (SDS REGENSBURG) -

Laut dem Statistischen Bundesamt werden in Deutschland 12,5 Millionen Kälber und Rinder, weit über 26 Millionen Schweine und Säue, über 59 Millionen Hühner, fast 55,5 Millionen Legehennen, über 2,5 Millionen Enten und fast 11 Millionen Truthühner/hähne gehalten, die meisten davon nach industriellem Muster.

Im Jahre 2008 wurden hierzulande 3,9 Mio. Rinder und 54,8 Mio. Schweine geschlachtet. Eine enorme Summe an Fleisch, Milch, Eiern, Leder und sonstigen Produkten werden durch Haltung und Schlachtung von Tieren täglich für die vermeintlichen Bedürfnisse von KapitaleignerInnen und KonsumentInnen „gewonnen“, produziert und transportiert.

Die genannten Zahlen veranschaulichen, wie in einem industrialisierten Staat und einer kapitalistischen Gesellschaft mit bestimmten Tierarten umgegangen wird bzw. welchen Status sie innehaben. Sie sind letztlich nur Mittel für menschliche Interessen, sie sind ausschließlich Objekte von Produktion und Konsumtion.

Wir möchten in diesem Artikel die - für uns zweifelsohne unerträgliche - Situation von Tieren reflektieren und aus einer sozialistischen Perspektive heraus gegen die industrielle Haltung und Schlachtung von Tieren argumentieren. Gewiss, wenn unsere Gedankengänge konsequent zu Ende gedacht werden, wird es notwendig sein, jegliche Form der Ausbeutung von Tieren abzulehnen.

Ausgehend vom jetzigen Status soll im Folgenden derjenige skizziert werden, der Tieren von allen, die für eine ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung streiten und kämpfen, gewährt werden sollte und der für eine solche Gesellschaftsordnung unabdingbar wäre.

## Der Status von Tieren

In der Regel werden Tiere als Lebewesen betrachtet, die dem Menschen in nahezu jeglicher Hinsicht unterlegen sind. So wird für gewöhnlich bestritten, dass sie vergleichbare geistige Fähigkeiten wie Menschen hätten, über eine komplexe Sprache verfügten und annähernd so lernfähig seien. Viele spre-

chen ihnen das Vorhandensein eines (Selbst-)bewusstseins, soziale Verhaltensweisen sowie die Fähigkeit des Denkens ab. Nicht selten werden diese vermeintlichen Erkenntnisse als Gründe dafür herangezogen, Tiere lediglich als Objekte unseres Handelns benutzen zu dürfen. Dementsprechend wird häufig das Argument ins Feld geführt, dass Menschen Tiere als Mittel zum Zweck, also als Nahrung, Bekleidung und dergleichen behandeln dürften, weil sie nicht vernunftfähig seien und damit nicht als eigenständige Subjekte in Frage kämen.

Wir jedoch sind der Ansicht, dass selbst wenn Vernunftlosigkeit und weitere oben genannte Annahmen bei Tieren zugestanden werden (was wir selbst nicht tun), die momentane Behandlung vieler Tierarten unter keinen Umständen zu rechtfertigen ist. Denn weshalb sollte z.B. Vernunftfähigkeit das entscheidende Kriterium dafür sein, wie bestimmte Lebewesen behandelt werden sollten? Weshalb sollten Tiere der Willkür des Menschen ausgesetzt sein – etwa weil sie vermeintlich nicht vernunftbegabt sind? Ist es richtig ein Schwein zu mästen, zu drangsaliieren, ihm das Tageslicht zu entziehen und es der Gaumenfreude wegen zu schlachten, nur weil es nicht in der Art und Weise denken und sprechen kann wie ein Mensch? Wäre es nicht sinnvoller, danach zu fragen, ob Tiere leidensfähig sind, ob sie fühlen, ob sie Schmerzen empfinden können oder ob sie Interesse an einem leidfreien Leben und Überleben haben?

Wir meinen, dass nicht die Vernunftfähigkeit, sondern vielmehr die Leidensfähigkeit das ausschlaggebende Kriterium dafür sein sollte, wie sich Menschen gegenüber Tieren verhalten sollten und dass es demzufolge falsch ist, ihnen Schmerzen zuzufügen und sie auszubeuten. Ihr Status sollte sich also nicht danach bemessen, ob sie vernünftig oder unvernünftig sind, wie und wofür sie uns nutzen, sondern ob sie leiden können. Weil Tiere zweifelsohne leidensfähig sind und – was obige Zahlen bestätigen – millionenfach großen Schmerzen und Misshandlungen im industriellen Verarbeitungsprozess ausgesetzt sind, darf dies so nicht weiter geduldet werden.

### Ausbeutung von Tieren

Nun mag gegen bisherige Argumentation eingewendet werden, dass sie zu stark moralisierend oder sogar ausschließlich moralisch sei und deswegen wenig relevant im Sinne einer antikapitalistischen Systemkritik und einer sozialistischen Gesellschaftsperspektive. Dieser Einwand beruht jedoch auf einem fatalen Irrtum, der aufgearbeitet und widerlegt werden sollte. Wir wollen dies im Folgenden tun.

Der Einwand verkennt zum einen die politische Dimension moralischer Auffassungen und leugnet zum anderen die große Relevanz der Verdinglichung, Entrechtung und Knechtung von Tieren, die insbesondere in kapitalistischen Gesellschaften ein ungeheuerliches Ausmaß angenommen hat und wei-

terhin annehmen wird. Ausbeutung ist ein zentraler Begriff in dieser Auseinandersetzung.

In der Linken ist der marxische Ausbeutungsbegriff vermutlich der gängigste. Dieser geht davon aus, dass Ausbeutung dann stattfindet, wenn Menschen um einen bestimmten Teil ihrer Arbeitskraft betrogen werden. Menschen werden ausgebeutet, wenn sie mittels ihrer Arbeitskraft Arbeit verrichten, ihnen aber nicht der von ihnen produzierte Gesamtwert, sondern nur ein Teil desselben entlohnt wird. Das heißt, wenn ihnen ein bestimmter Teil ihres Arbeitsprodukts vorenthalten, also enteignet wird.

Bei Tieren kann nicht in diesem Sinne von Ausbeutung gesprochen werden, da sie nicht in gleicher Weise ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten verausgaben wie Menschen es tun während sie Arbeit verrichten. Vielmehr scheint die Ansicht plausibel zu sein, dass Tiere überhaupt nicht „arbeiten“. Dennoch kann und sollte auch in ihrem Zusammenhang von Ausbeutung gesprochen und die marxische Auffassung erweitert werden. Oder ist Ausbeutung nur in einem Lohnverhältnis, in einem Ausbeutungsverhältnis von Kapital und Arbeit denkbar?

Wir glauben, dass es sinnvoll ist einen weiter gefassten Ausbeutungsbegriff zu prägen, der der Leidensfähigkeit, dem tatsächlichen Leid und menschenverursachter Grausamkeit, sowohl hinsichtlich der Behandlung von Menschen als auch von Tieren, gerechter wird. Die lohnbasierte Ausbeutung ist die charakteristische Ausbeutung im Kapitalismus, sicherlich aber nicht die einzige. Es wäre aberwitzig zu sagen, Ausbeutung könne nur in einem Arbeitsverhältnis bestehen.

Willi Eichler, einer der führenden Köpfe des Internationalen Sozialistischen Kampfbunds (ISK), schrieb 1926:

„Sozialismus heißt ausbeutungsfreie Gesellschaft - frei von jeder Ausbeutung. Ausbeutung ist auf verschiedene Weise möglich: Der Kapitalist beutet den Proletarier aus, dieser sehr oft seine Frau und Kinder; [...] Das Gemeinsame all dieser Ausbeutungsarten liegt in der Missachtung der Interessen anderer Wesen, in der Verletzung ihrer Rechte - kurz darin, daß sie auf Grund eines bloßen Gewaltverhältnisses zu persönlichen Zwecken mißbraucht werden. Daß solch ein widerrechtliches Gewaltverhältnis besteht [...], zwischen Kapitalisten und Proletariern und zwischen den imperialistischen Staaten und ihren Kolonien, wird heute von fast allen denkenden Menschen zugegeben. Aber wer denkt daran, welche ungeheure Ausbeutung darin liegt, harmlose Tiere zu morden, nur, um sich mit Fleisch einen Gaumenkitzel zu verschaffen?“

Menschen beuten die geistigen und körperlichen Kapazitäten und Fähigkeiten von Tieren aus, sie gebrauchen sie für ihre ei-

genen Zwecke ohne dabei die Interessen der Tiere zu berücksichtigen. Sie halten Tiere gefangen, knechten, züchten und mästen sie um sie letztlich massenhaft auf die Schlachtbank zu führen. Zweifelsohne ist dies ein einseitiges Ausbeutungsverhältnis. Menschen beuten Tiere nach Belieben aus.

So hellsichtig und wahr die marxsche Losung einer herrschaftslosen Gesellschaft ist, in der das Knechtschaftsverhältnis von Menschen über Menschen der Geschichte angehören soll, so blind und falsch ist sie darin, diesen Zustand auf Menschen zu beschränken.

Wie ist denn aus einer sozialistischen Sicht das Gewaltverhältnis, das Menschen zu Tieren pflegen, zu rechtfertigen? Welche relevanten Kriterien sollen Menschen privilegieren, die

grausame Herrschaft gegenüber Tieren aufrechtzuerhalten? Antworten darauf obliegen denjenigen „SozialistInnen“, welche die von uns kritisierte Behandlung von Tieren als akzeptabel, richtig und wünschenswert betrachten.

Wir sind der Ansicht, dass die systematische Missachtung der Interessen von Tieren und deren Geringschätzung zugunsten menschlicher Ernährung, Bekleidung und dergleichen mit einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft nicht vereinbar sind. Vielmehr gebietet der Einsatz

für eine friedliche Weltordnung, die auf Grausamkeit verzichtet und in der jedwede Ausbeutung geächtet wird, nicht nur die Rücksichtnahme auf alle Menschen, sondern alle empfindungs- und leidensfähigen Lebewesen. Wir sagen nicht, dass menschliche Interessen den tierischen gleichzusetzen oder gar unterzuordnen sind. Letztere sind aber gleichsam zu achten, insbesondere dann, wenn sie in solch ungeheuerlichem Ausmaß verletzt werden, wie dies momentan der Fall ist.

### Folgen der Ausbeutung für den Menschen

Sicherlich wurden die Interessen bestimmter Tierarten auch in allen vergangenen Gesellschaften missachtet und der Umgang mit ihnen war stets grausam und alles andere als gerechtfertigt. Die industrielle und kapitalistische Haltung und Schlachtung jedoch, tragen weitaus mehr Widersprüche im Verhältnis von Menschen und Tieren zu Tage, als viele bereit sein werden einzugestehen.

Denn nicht nur Tiere, auch Menschen leiden darunter. Um dies zu belegen, müssen wir nicht einmal diverse Lebensmittelkandale von BSE über MKS bis hin zu Gammelfleisch aufzählen. An dieser Stelle reichen ein erneuter Blick auf die oben angeführten Haltungs- und Schlachtzahlen und die Vergegen-

wärtigung der Vorgänge hinter den Türen von Mastbetrieben und Schlachthofmauern. Das Streben nach Profitmaximierung und der Konkurrenzdruck der freien Märkte entfremden Menschen nicht nur von ihren produzierten Waren, sondern sie entfremden Menschen von Tieren. Die kapitalistische Verwertungslogik sieht in Tieren nur mittels der Ware Arbeitskraft in Warenform verwandeltes Geld.

Vielmehr noch: die kapitalistische Produktionsweise reduziert die Mensch-Tier-Beziehung auf eine Formel maximaler Profitsteigerung. Sie reduziert und degradiert Tiere zu Waren und Menschen in diesem Gewerbe zu stumpfsinnigen SchlächterInnen. Die Empathie mit tierischen Lebensformen wird den Menschen ausgetrieben, die Achtung und der Respekt

vor fühlenden Lebewesen wird systematisch zunichte gemacht. Wenngleich hier Gesagtem zu viel Pathos bescheinigt werden könnte, so ist dies doch die einzig richtige Wiedergabe dessen, wie die Hühnchenkeule oder das Rumpsteak in die Kühlregale der Supermärkte gelangen. Tiere leben, um gemästet und getötet zu werden. Menschen arbeiten, um sie zu mästen und zu töten. Menschen sind in diesem Produktionsprozess nicht nur zur Lohnabhängigkeit, sondern gerade auch zur Brutalität und Gefühllosigkeit gezwungen und

verdammte. Wir meinen, dass diese Form der Abstumpfung und Entfremdung der Menschen von SozialistInnen nicht geduldet werden sollte. Welche Handlungskonsequenzen ergeben sich aber daraus?

### Wie sollen wir handeln?

Unsere bisherigen Ausführungen fordern zwei Handlungsschlussfolgerungen ein, die von denjenigen, die uns zustimmen, umgehend umsetzbar wären und daher unmittelbar erfüllt werden sollten:

1) Entgegen der häufigen Annahme, dass individuelle Verpflichtungen – gemäß der Auffassung: „es gibt kein richtiges Leben im falschen“ – nicht aus der Analyse bestehender Verhältnisse abgeleitet werden können, meinen wir, dass eben dies zwingend erforderlich ist. Diejenigen, die behaupten, dass es in politischen Fragen nicht auf ethisch motiviertes, individuelles Handeln ankomme, sondern dies sogar hinderlich im antikapitalistischen Kampf sei, irren. Die Notwendigkeit einer sozialistischen Perspektive jenseits des Kapitalismus bleibt selbst dann ungebrochen, wenn Menschen im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten dazu beitragen, Grausamkeit zu ver-



ringern. Die Synthese von Kritik und Analyse, von Ideal und Handeln, von Theorie und Praxis, von Ethik und Politik ist ebenso notwendig.

Wenn man erkannt hat, dass die Behandlung vieler Tierarten ein großes Unrecht ist, dann ist und bleibt es falsch, wissentlich und willentlich zu ihrer Aufrechterhaltung beizutragen. Ausbeutung muss zerstört werden - heute und morgen, hier und dort, immer und überall.

Damit politischer Anspruch und alltägliche Lebensgewohnheiten nicht länger unüberbrückbare Widersprüche bleiben, muss Politik radikal ethisch werden und Ethik radikal politisch. Hierzu gehört eben auch eine reflektierende Betrachtung der eigenen Handlungen, Kritik und Hinterfragen des eigenen Tuns. Niemand, die/der selbst SklavInnen hält, kann ernsthaft ihre Befreiung in einer künftigen Gesellschaftsform herbeisehnen. Niemand, die/der Gewalt gegen Tiere ächtet, sollte von ihr profitieren und sie dulden. Eine vegane Lebensweise kann infolgedessen eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit sein.

2) Individuelle Handlungsschlussfolgerungen ersetzen aber eine organisierte politische Vorgehensweise jedoch nicht. Vielmehr ist letztere für uns SozialistInnen ultimativer Anspruch und systemüberwindende Möglichkeit zugleich. Unserer An-

sicht nach sollte sich der Studierendenverband Die Linke. SDS, sofern er sich als systemkritischer Verband versteht, der Tierbefreiung annehmen, eine fundierte Position finden und diese auf allen Ebenen offensiv vertreten. Manche denken vielleicht, dass es sich hierbei um ein Nischenthema handle und es wichtigere Themen für einen sozialistischen Studierendenverband gäbe. Wir leugnen das nicht, wenngleich wir der Auffassung sind, dass ihm eine weitaus größere Bedeutung zukommt, als viele eingestehen wollen.

Mit diesem Artikel wollen wir unseren Beitrag dazu leisten. Wenn der Studierendenverband Die Linke.SDS eine ausbeutungsfreie Gesellschaft anstrebt, dann kann er folgerichtig die Ausbeutung von Tieren nicht dulden, geschweige denn leugnen.

Wir jedenfalls sprechen uns entschieden gegen jegliche Ausbeutung von Tieren aus und sehen die unbedingte Notwendigkeit einer radikalen Umstellung des Umgangs mit Tieren.

Im Sinne einer ausbeutungsfreien, sozialistischen Gesellschaft sollten wir handeln - individuell und gemeinsam.



# Für volle Verfügung statt statische Bescheidenheit

- TILL PETERSEN (LISTE LINKS, HAMBURG) -

In der Linken hat derzeit die Debatte um das Mensch-Tier-Verhältnis Konjunktur, sei es in der Frage des Vegetarismus und Veganismus oder in der Auseinandersetzung um die Bedeutung der Tierhaltung und Tierrechten für die Sozialismusfrage. Entgegen dem Anspruch, der Einschluss von Tieren bedeute eine Erweiterung der Sozialismusperspektive auf Höhe des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes, soll hier die These begründet werden, dass dieser Akzent eine bürgerlich-liberale Relativierung grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen darstellt.

Die BefürworterInnen einer starken Tierrechts-Position stützen sich im Falle einer theoretischen Fundierung meist auf einen ethischen Sozialismus mit zwei für die Debatte entscheidenden Grundannahmen, die einen Bezugsrahmen für die weitere Argumentation bilden:

- a) Das Hauptkriterium für die Bewertung von Lebensformen und ihre Teilhabe an einer Sozialismusperspektive sei die „Leidensfähigkeit“ in Abgrenzung zu dem Kriterium der „Vernunftbegabtheit“.
- b) Sozialismus ist bestimmt als ausbeutungsfreie Gesellschaft, wobei Ausbeutung in Abgrenzung zum Marxismus als Ausübung eines Gewaltverhältnisses zur Benutzung anderer für private Zwecke definiert wird. Sozialismus ist somit eine Gesellschaft, in der niemand unter der egoistischen Benutzung anderer leidet.

## Naturaneignung ist Menschwerdung

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, sagen die politischen Ökonomen. Sie ist dies - neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.“

Friedrich Engels, „Dialektik der Natur“, „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“, 1886.

Unstreitig sollte sein, dass der Mensch sich von der restlichen Natur und so auch von den Tieren relevant unterscheidet. Die Debatte, die wir hier führen, ist nur aus diesem Grunde möglich. So würden wir dem Löwen kaum moralisch vorwerfen, dass er die Gazelle verspeist und ihr zu diesem sehr egoistischen Zweck auch noch erheblich Qualen zufügt. Ebenso wenig ist Ziegen anzulasten, dass sie durch das Wegfressen junger Pflanzen das Nachwachsen von Vegetation unterbinden. Der Mensch hat die planvolle, bewusste und gesellschaftliche Aneignung der Naturstoffe in einem Maße entwickelt, die es ihm ermöglicht, „der Erde den Stempel ihres Willens aufzudrücken“.

„Kurz, das Tier benutzt die äußere Natur bloß und bringt Änderungen in ihr einfach durch seine Anwesenheit zustande; der Mensch macht sie durch seine Änderungen seinen Zwecken dienstbar, beherrscht sie.“ Erst von hier aus können wir überhaupt die Frage verantwortlichen Handelns aufwerfen. In einem dialektischen Prozess zwischen Arbeit als Naturaneignung, der Herausbildung der für diese Arbeit erforderlichen Physiognomie und Fertigkeiten und damit wiederum erweitertes Niveau der Arbeit hat der Mensch schließlich Gesetzmäßigkeiten der Natur wie der gesellschaftlichen Entwicklung erkannt und bestimmt, hat Rechtssysteme und Moralvorstellungen herausgebildet, hat sich zur Schaffung von Kunst und stets neuem Wissen aufgeschwungen. So sind heute die materiellen Bedingungen und notwendigen Erkenntnisse herausgebildet, damit alle Menschen in Wohlstand leben können (es fehlt allerdings noch die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, damit diese Potentialität voll entfaltet werden kann).

Die Fleischkost war für diese Entwicklung unentbehrlich, weil sie verdichtet die wesentlichen Stoffe enthält, die der Körper zu seinem Stoffwechsel bedurfte und insbesondere für die Herausbildung eines Gehirns, welches die geschilderten großartigen Leistungen zu erbringen im Stande ist.

Die kulturelle Bedeutung des Fleischessens sowie weiterer Nutzbarmachung von Tieren historisch zu negieren hieße also, die Menschwerdung zu negieren. Das wäre nicht sozialistisch sondern zutiefst geschichtspessimistisch und Stockkonservativ.

## Möglichkeit und Wirklichkeit

„Die Möglichkeit ist nicht die Wirklichkeit, doch auch sie ist eine Wirklichkeit: daß der Mensch eine Sache tun oder lassen kann, hat seine Bedeutung, um zu bewerten, was wirklich getan wird. Möglichkeit bedeutet »Freiheit«. Das Maß der Freiheit geht in den Begriff des Menschen ein. Daß es objektive Möglichkeiten gibt, nicht Hungers zu sterben, und daß dabei Hungers gestorben wird, hat anscheinend seine Bedeutung. Aber die Existenz der objektiven Bedingungen oder Möglichkeiten oder Freiheiten reicht noch nicht aus: es gilt, sie zu »erkennen« und sich ihrer bedienen zu können. Sich ihrer bedienen zu wollen.“

Antonio Gramsci, „Einführung ins Studium der Philosophie, Der Alltagsverstand“, Gefängnishefte, Heft 10, Teil II, § (48).

Wie sieht es nun aber mit der Nutzbarmachung von Tieren heute aus?

Zunächst einmal wäre nach den vorherigen Ausführungen festzuhalten, dass die Entwicklung der Menschheit ein ewiger dynamischer Prozess ist, in der steten Spannung zwischen noch nicht realisierten Möglichkeiten, ihrer Verwirklichung und damit aber wiederum Schaffung neuer Möglichkeiten. (Ein Prozess, der im übrigen auch zwingend qualitative Sprünge beinhaltet, z.B. Revolutionen). So wäre es auch zynisch, angesichts massenhafter Armut, Hungers und unnötiger Krankheiten aufgrund von Mangelernährung insbesondere Menschen in weniger entwickelten Ländern das Recht auf die Nutzung von Tieren für die dortige Entwicklung abzustreiten. Und auch in den entwickeltsten Ländern sind Nutztiere und Kochkunst Teil der weiteren Kultivierung der Menschheit.

Die Aufhebung von Armut und Hunger, die Erweiterung des kulturellen und Wissenschaftlichen Reichtums sind dabei nicht einfach egoistische Zwecke sondern von hoher verallgemeinerungswürdiger Bedeutung für Milliarden Menschen.

Eine anderer Frage ist, ob die Tiere dafür auch leiden müssen. Zumindest in den entwickeltsten Ländern lässt sich diese Frage guten Gewissens verneinen, dann nämlich, wenn der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die sozialen Verhältnisse hergeben, dass die Tiere nutzbar gemacht werden können, ohne dass sie dafür leiden müssen. Die Tatsache, dass ein Rind Schlachtvieh ist, ist nicht gleichzusetzen mit Leid für das Tier. Auch Leid ist ein relativer Begriff in der Spannung zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit, die erkannt werden muß. Wenn also nicht gerade die Tierhaltung so realisiert wird, dass sie im Widerspruch zur Physiognomie oder natürlichen Bedürfnissen steht (z.B. keine Bewegungsmöglichkeiten), kann auch ein Nutztier ohne Leid leben. Dass Tiere zu Tode gequält werden ist also ein überwindenswürdiger Tatbestand, dass sie zum Zwecke der Weiterverarbeitung kurz und bündig getötet werden aber ist als Teil der Ermöglichung weiterer sozialer und kultureller Entwicklung sinnvoll.

## Wie moralisch ist die Moral?

Unfraglich muß festgestellt werden, dass die aktuellen kapitalistischen Verhältnisse eine Zerstörung der Natur inklusive der Fauna zum Zwecke der privaten Profitmehrung bedeuten. Ein reproduktives Austauschverhältnis zwischen Mensch und Natur ist möglich, jedoch nicht Wirklichkeit.

Welche Strategie der Beantwortung dieses Widerspruchs besteht also?

Die Tierrechtsdebatte zielt dabei auf die Konsumentensouveränität als demokratisches Mittel.

Entweder zielt der „ökologisch korrekte“ Konsum auf die unmittelbare Veränderung, was wie produziert wird, oder aber das je eigene Konsumverhalten soll zum Anlaß für das Nachdenken über vorhandenes Elend gemacht werden.

Im beiden Fällen ist die Kernbotschaft eine Ablenkung von der Eigentumsfrage.

Mit der Strategie des unmittelbar wirkenden Konsums wird die gesellschaftliche Macht der Eigentümer der Produktionsmittel verharmlost. Statt also politische Kämpfe mit entsprechendem Risiko aufzunehmen, reiche es, sich nur in seinem Konsumverhalten innerhalb der Verhältnisse zu ändern.

Aber auch die Nachdenkanregung regt ein falsches Denken an. Das scheinbar korrekte Konsumieren beinhaltet die gedanklich die Eliminierung sozialer Unterschiede. Die EinkäuferInnen von Waren werden in ihrer Verantwortung für das gesellschaftliche Elend auf eine Stufe gestellt mit den PrivateigentümerInnen als den eigentlichen Verantwortlichen für die Produktionsbedingungen.

Diese individualisierende Perspektive negiert die Solidarisierung als Klasse, die wiederum die notwendige Voraussetzung für die Umwälzung der schädlichen Klassenverhältnisse ist.

Die Tierrechtsdebatte hat die objektive Funktion, die soziale Klassenauseinandersetzung zu relativieren.

Scheinbar dazu angetan, Tierquälerei zu mildern ist das reale Ergebnis die Verlängerung derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die rücksichtslose Ausbeutung der Natur stets neu hervorbringen.

## Freiheit ist Verfügung

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist.“

Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848

Die Ersetzung solidarischen Kampfs mit der Perspektive der Aufhebung aller strukturellen sozialen Unterschiede zwischen den Menschen durch ein individualisiertes Konsumverhalten korrespondiert mit der begrenzten Perspektive des ethischen Sozialismus.

In der zu Beginn ausgeführten Variante zielt der anti-ökonomische moralische Ausbeutungsbegriff auf die Perspektive einer Gesellschaft, in der niemand unter der egoistischen Benutzung anderer leidet. Das aber ist nur eine Variation der bürgerlichen Idealgesellschaft: Alle sind frei in ihren Handlungen, soweit sie die Freiheit anderer nicht einschränken. Das bürgerliche Freiheitsverständnis ist ein negatives als Abwesenheit von Zwang.

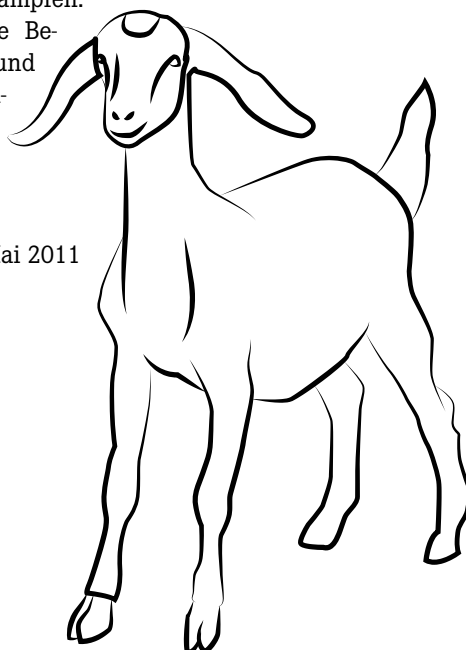
Der Sozialismus hat das Freiheitsverständnis jedoch weiterentwickelt. Die Freiheit ist die positive Möglichkeit der bewussten kollektiven Gestaltung und Entwicklung der Erde und der Gesellschaft durch alle Menschen – die volle Verfügung über den weiteren historischen Prozess. Die Mitmenschen sind hierbei nicht potentielle Einschränkung sondern überhaupt erste Ermöglichung der Entfaltung.

Für eine solche dynamische Entfaltungsperspektive ist ein klarer Ausbeutungsbegriff unabdingbar. Er besagt, dass der gesellschaftlich produzierte Reichtum, der über das für die unmittelbare Reproduktion der Arbeitskraft erforderliche Maß hinausgeht, privat angeeignet wird. Mit der Aufhebung der Ausbeutung steht dieser Reichtum für die kollektive Entwicklung zu Verfügung und schafft positive Möglichkeiten. Im ethischen Verständnis von Ausbeutung verschwindet dieser Reichtum im Nirvana der individuellen moralischen Integrität.

Für den SDS und seine politische Arbeit sollte ein positiver Emanzipationsbegriff insgesamt eine größere Rolle spielen. Friedenspolitisch ist nicht nur die Gewalt zu Bekämpfen sondern ist internationale für die sozialen Bedingungen von Frieden zu streiten. Antifaschistisch sind nicht nur Nazis zu blockieren, sondern ist die strukturelle soziale Ungleichheit als Nährboden des Faschismus zu bekämpfen.

Hochschulpolitisch sind nicht nur die Bedrückungen durch Bachelor/Master und Studiengebühren zurückzuweisen, sondern die Bedingungen für eine gesellschaftlich humanistisch eingreifende Wissenschaft hervorzubringen.

Hamburg, Mai 2011



# Friedrich Engels – Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (1884)

- Sophie Dieckmann (Die Linke.SDS Leipzig) -

Kurz nach Karl Marx' Tod 1883 machte sich Friedrich Engels daran, aus dessen Notizen und eigenen Überlegungen die Schrift „Der Ursprung...“ zu verfassen. Engels' flüssiger Stil und seine zugespitzten Thesen zu Frauenunterdrückung, Klassenkampf und Staat machten das Buch zu einem der meistgelesenen und einflussreichsten marxistischen Klassiker.

Engels unternimmt in dieser Schrift den Versuch, die in der „Deutschen Ideologie“ erstmals skizzierte Methode des „Historischen Materialismus“ zu vervollkommen und zu illustrieren. Unter dem Historischen Materialismus als Methode, die Geschichte zu analysieren, versteht er, die Vermehrung und Aufrechterhaltung des menschlichen Lebens als den Dreh- und Angelpunkt der Geschichte zu begreifen. Das Vorwort teilt mit:

„Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben, werden bedingt durch beide Arten der Produktion: durch die Entwicklungsstufe einerseits der Arbeit, andererseits der Familie.“

Was nach Engels' Auffassung den Lauf der Geschichte wirklich beeinflusst, sind nicht die „großen Männer“, Könige oder Denker. Auch nicht Religion oder Philosophie haben den Geschichtsverlauf verändert. Vielmehr wird die Geschichte durch Konflikte und gegensätzliche Interessen zwischen Menschen angetrieben, die sie ihrerseits mit innerer Logik und Notwendigkeit hervorbringt.

Wie ist das gemeint? Engels illustriert sein Geschichtsver-

ständnis anhand der Geschichte der Familie und des Staates. Das Entstehen des Staates erklärt er folgendermaßen: Die Zeit, bevor der Staat entstand, ist im „Ursprung...“ die Zeit, in der die Gesellschaft vollständig in Gentes (lat.: Sippe, Stamm), also großen Familienbünden, organisiert ist. Die Gens besitzt Kollektiveigentum, das sie gemeinsam beackert, und bei Verstoß gegen die selbst aufgestellten Regeln verhängt sie auch Strafen. Es gibt kein gesondertes Erbrecht, da ja das Eigentum prinzipiell allen Mitgliedern der Gens gehört. Mit wachsender Produktivität (z.B. durch technische Erfindungen) beginnen einige Menschen einen Überschuß zu produzieren, den sie gegen die überschüssigen Produkte anderer eintauschen. Warentausch setzt ein, bei dem manche Menschen schließlich Reichtümer anhäufen. Und zum ersten Mal entsteht das Bedürfnis, die überschüssigen Reichtümer nicht mit der Gens zu teilen, sondern sie für die eigenen Nachkommen zu reservieren. Das Privateigentum, das Verbot für die Frauen, sich mit mehr als einem Mann zu paaren, und das Erbrecht nach männlicher Herkunft entstehen als Ausdruck der „weltgeschichtliche[n] Niederlage des weiblichen Geschlechts“.

Die zentralen Spaltungslinien in der Gesellschaft sind nun nicht mehr die zwischen den einzelnen Gentes, sondern die zwischen den armen und reichen (Klein-)Familien innerhalb der Gens. Dieser Konflikt zwischen den armen und reichen Familien sprengt die Gens von innen.

Gleichzeitig wuchs, so Engels, der Bedarf an Arbeitskräften, die die Reichtümer weiter vermehrten. Die Praxis im antiken Griechenland, Kriegsgefangene zu Sklaven zu machen, führte zur Entstehung von Klassen: „Aus der ersten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung entsprang die erste große Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen: Herren und Sklaven, Ausbeuter und Ausgebeutete.“ Klassen sind bei Engels gesellschaftliche Gruppen, die gegensätzliche ökonomische Interessen haben. Ein Sklavenhalter hat das Interesse, den Sklaven maximal auszubeuten, um maximalen eigenen Gewinn aus ihm zu ziehen. Ein Sklave hingegen hat logischerweise das

Interesse, möglichst wenig für den Sklavenhalter zu arbeiten und stattdessen selbst in Freiheit zu leben.

Diese Klassengegensätze führen bei Engels nun dazu, daß sich die Konflikte notwendigerweise zuspitzen und in Klassenkämpfen äußern. Irgendwann wurden, so Engels, die Klassenkämpfe so stark, daß der Untergang der gesamten Gesellschaft auf dem Spiel stand. Dies nun bewirkte die folgenreiche Entstehung des Staates, die er so beschreibt:

„Hier aber war eine Gesellschaft entstanden, die kraft ihrer sämtlicher ökonomischer Lebensbedingungen sich in Freie und Sklaven, in ausbeutende Reiche und ausgebeutete Arme

hatte spalten müssen, eine Gesellschaft, die diese Gegensätze nicht nur nicht wieder versöhnen konnte, sondern sie immer mehr auf die Spitze treiben mußte. Eine solche Gesellschaft konnte nur bestehn entweder im fortwährenden offenen Kampf dieser Klassen gegeneinander oder aber unter der Herrschaft einer dritten Macht, die, scheinbar über den widerstrebenden Klassen stehend, ihren offenen Konflikt niederdrückte und den Klassenkampf höchstens auf ökonomischem Gebiet, in sogenannter gesetzlicher Form, sich ausfechten ließ. Die Gentilverfassung hatte ausgelebt. Sie war gesprengt durch die Teilung der Arbeit, und ihr Ergebnis, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Sie wurde ersetzt durch den Staat.“

Der Staat ist bei Engels „in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse“. Die Geschichte ist bei Engels seit Entstehung des Staates eine Geschichte der Klassenkämpfe – sie sind der Motor der geschichtlichen Entwicklung. Die drei große Epochen, die Engels in der Geschichte erblickt, ordnet er folgerichtig ihren eigentümlichen Klassenkämpfen zu: Sklavenhaltergesellschaft (Sklaven und Sklavenhalter) – Feudalismus (Leibeigene und Grundherren) – Kapitalismus (Lohnarbeiter und Bourgeoisie).



Aber Engels differenziert auch: nicht immer diene der Staat den Interessen einer herrschenden Klasse. Beispielsweise haben sich im Absolutismus Adel und Bürgertum als ökonomisch mächtigste Klassen die Waage gehalten und dem Staat eine gewisse Selbständigkeit erlaubt. Auch im deutschen Reich unter Bismarck seien Proletariat und Bürgertum gleich stark gewesen, was Bismarck weidlich ausgenutzt habe, um seine eigenen Interessen durchzusetzen.

Der historische Materialismus ist Gegenstand zahlreicher Angriffe und ideologischer Grabenkämpfe geworden. Während der historische Materialismus in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als „überholt“ gilt, wurde er in den so-

zialistischen Staaten zumindest anfangs zur einzig möglichen Geschichtstheorie erhoben. Auch vom westlichen Marxismus ist die Geschichts- und Staatstheorie im 20. Jh. oftmals kritisch aufgegriffen und durchaus fruchtbar weiter verarbeitet worden. Als Beispiele seien Michel Foucault oder Gramsci genannt. Den italienischen Marxisten Antonio Gramsci interessierte speziell die

unterbelichtete Beziehung zwischen dem Staat, der die Interessen der herrschenden Klasse vertritt, und der Bevölkerung, die mehrheitlich aus der unterdrückten Klasse besteht. Die herrschende Klasse könne ihre Macht nur aufrechterhalten, indem es eine Art stillen Konsens zwischen Staat und Bevölkerung gebe. Diese „Hegemonie“, wie Gramsci es nennt, ist das Vermögen der herrschenden Klasse, ihre eigenen Interessen als Interesse der Allgemeinheit zu verkaufen.

„Der Ursprung...“ gehört zu den Büchern, die man unbedingt gelesen haben sollte. Nicht nur ist es leicht und flüssig geschrieben, sondern es zeigt zudem auf nur wenigen Seiten hervorragend das Geschichts- und Gesellschaftsbild von Marx und Engels auf. Zentrale marxistische Kategorien, wie Klasse, Klassenkampf und Privateigentum, werden ausführlich und zugleich leicht verständlich dargestellt. Man bekommt einen guten Einblick in die marxistische Denkweise. Dabei sollte man zweierlei vermeiden: zum einen, das Buch als Weisheit

letzter Schluß zu betrachten, welches unangreifbare, ewige Wahrheiten transportiert. Zum anderen sollte man vermeiden, wegen einzelner Kritikpunkte gleich das ganze Buch auf den Schrottplatz der Geschichte zu werfen.

Beispiele dafür, an welchen Punkten MarxistInnen den „Ursprung...“ kritisiert haben, gibt es einige. Ein wichtiger Kritikpunkt ist z.B. Engels beinahe absoluter Standpunkt, daß der Geschichtsverlauf niemals von Individuen abhängt. Wenn man an die wichtige Rolle denkt, die Lenin während der Oktoberrevolution gespielt hat, oder an die großen absolutistischen Könige, wie Ludwig XIV. in Frankreich oder Elisabeth I. in England, so fällt es schwer zu glauben, daß diese keinen Einfluß auf die Geschichte gehabt haben sollen.

Eine weitere berüchtigte – und ebenfalls nicht unberechtigte – Kritik ist Engels „deterministisches“, oder „mechanisches“ Geschichtsbild. Tatsächlich stellt Engels den Geschichtsverlauf als Kette aufeinanderfolgender Zwangsläufigkeiten dar. Für alternative Geschichtsverläufe gibt es bei ihm im Grunde keinen Platz. Diese Vorstellung birgt die Gefahr, alles, was in der Gesellschaft geschieht, rein auf ökonomische Gründe zurückzuführen und die Zukunft für quasi vorherbestimmt zu halten.

Nichtsdestotrotz liefert das Buch wichtige Denkanstöße, an denen man sich abarbeiten kann und die in weiten Teilen heute noch aktuell sind. Angesichts einer immer noch in vielen Universitäten vorherrschenden Geschichtsschreibung, die Geschichte zu einer bloßen Faktensammlung degradiert, angesichts einer Politikwissenschaft, die vielfach ökonomische Interessen hinter politischen Entscheidungen verschleiert und angesichts einer neoliberalen Wirtschaftswissenschaft, in der Sparen bei den Ärmsten zum Allgemeinwohl verklärt wird, tut es

gut, eine sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse zu lesen, in der die kapitalistische Produktionsweise nicht als Naturgesetz dargestellt wird, sondern als von Menschen gemacht und auch von ihnen abschaffbar.

